

ANNA LEISNER

Kontinuität  
als Verfassungsprinzip

*Jus Publicum*

83

---

**Mohr Siebeck**

# JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 83





Anna Leisner

# Kontinuität als Verfassungsprinzip

unter besonderer Berücksichtigung  
des Steuerrechts

Mohr Siebeck

*Anna Leisner*, geboren 1970; 1989 Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes; 1989–1994 Studium der Rechtswissenschaft in München; 1994 Erstes Juristisches Staatsexamen; 1994–1997 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Vogel, Universität München; 1996 Zweites Juristisches Staatsexamen; 1996–1997 Regierungsrätin z.A. im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie; 1997–1998 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio; 1998 Promotion; seit 1998 Lehrauftrag an der Hochschule für Politik, Universität München; 1999–2001 Habilitationsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft; 2001 Habilitation, Lehrbefugnis für die Fächer Öffentliches Recht und Steuerrecht; seit Sommersemester 2001 Privatdozentin an der Universität München und Lehrstuhlvertreterin an der Universität Jena.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Leisner, Anna:*

Kontinuität als Verfassungsprinzip : unter besonderer Berücksichtigung des Steuerrechts / Anna Leisner. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2002

Jus Publicum ; 83)

ISBN 3-16-147695-6

978-3-16-158009-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2002 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0940-9610

## Vorwort

Wandel ist überall im Recht ein beliebtes, ja ein zentrales Thema. Seine Dynamik wird von den einen gepriesen, andere fürchten sie, erfassen die Änderungen mit den Kräften von Ökonomie und Politik doch sogar das normativ Bleibende, die Verfassung. Doch diese demokratische Grundordnung aus bewegtem Volkswillen ist weder nur der Erscheinungen Flucht, noch starrer normativer Beton. Aufgabe des Rechts ist Wandel in Beständigkeit, Verstetigung neuer Bewegungen aus bewährter Vergangenheit in eine Zukunft aus Innovation.

In diesem Sinne wird hier Kontinuität als ein Rechtsgrundsatz der Verfassung untersucht. Gerade in einer Zeit raschen Umsteuerns, zunehmend gegenläufiger Bewegungen, von Reformdruck und Reformeifer, taucht in der allgemeinen Diskussion, aber auch bereits in Schrifttum und Judikatur, immer häufiger die Frage nach einer Beständigkeit auf, die belebt, nicht versteinert. Doch noch gibt es keine rechtliche Dogmatik der Kontinuität, welche deren Begriffe, ihre Erscheinungsformen, vor allem aber ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen oder doch Anknüpfungspunkte, aufzeigen könnte. Dies wird hier versucht, aus der Geistes- und Dogmengeschichte heraus, vor allem aber nach geltendem Recht; und da zeigt sich viel mehr als nur Bedürfnis oder Forderung eines solchen stetigen Wandels: Er ist im Verfassungsrecht schon heute beweglich verankert.

Diese Untersuchung wurde der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Wintersemester 2000/2001 als Habilitationsschrift vorgelegt. Gedanken, Anregungen und das Verständnis meines verehrten Lehrers haben mich geleitet: Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Vogel danke ich von Herzen. Herrn Professor Dr. Peter Badura bin ich für die Zweitbegutachtung sehr verbunden. Gespräche mit Richtern und wissenschaftlichen Mitarbeitern des Bundesfinanzhofs haben dieser Arbeit vielfache Anstöße gegeben. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat mich durch ein Habilitationstipendium gefördert und die Drucklegung dieser Schrift ermöglicht.

München, im Juli 2001

*Anna Leisner*



# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
<i>Einführung</i> .....	1
<i>A. Die Kontinuität in der geistesgeschichtlichen Entwicklung</i> .....	11
I. Begrifflicher Ausgangspunkt: Kontinuität im allgemeinen Sprachgebrauch .....	11
II. Kontinuität in Philosophie und Geisteswissenschaft .....	18
III. Historische Kontinuitätsphänomene .....	50
<i>B. Die Kontinuität im Rechtsdenken</i> .....	99
I. Rechtliche Kontinuität im neueren Schrifttum zu allgemeiner Rechtslehre und Rechtssoziologie .....	99
II. Rechtliche Kontinuität in Literatur und Rechtsprechung des neueren öffentlichen Rechts .....	136
<i>C. Rechtskontinuität als Verfassungsgrundsatz</i> .....	165
I. Rechtskontinuität als Verfassungsbegriff – allgemeine dogmatische Grundlagen .....	165
II. Der allgemeine Gleichheitssatz als zentrale Rechtsgrundlage der Rechtskontinuität .....	199
III. Freiheitsrechte als besondere Ausprägungen der „Gleichheit in der Zeit“ – ihr Kontinuitätsgehalt .....	249
IV. Kontinuitätswahrung durch verfassungsrechtliche Einrichtungsgewährleistungen .....	323
V. Das Rechtsstaatsprinzip als Grundlage und Kriterien- bestimmung der Kontinuität .....	347
VI. Die Ewigkeitsgarantie als Modell des Schutzes rechtlicher Kontinuität .....	364



VII. Demokratische Dynamik gegen Rechtskontinuität .....	376
VIII. Zusammenfassende Darstellung der Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Rechtskontinuität – prozessuale Geltendmachung .....	406
IX. Exkurs: Das Prinzip der Rechtskontinuität in der europäischen Rechtsordnung .....	437
<i>D. Rechtskontinuität und Vertrauensschutz</i> .....	455
I. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes in seiner Bedeutung für den Gegenstand der Untersuchung – Gang der Darstellung	455
II. Die Fragestellungen des Vertrauensschutzes und der Rechtskontinuität .....	459
III. Die hauptsächlichen Erscheinungsformen des öffentlich- rechtlichen Vertrauensschutzes in ihrer Bedeutung für die Dogmatik der Rechtskontinuität .....	475
IV. Folgerungen für das Verhältnis der Rechtskontinuität zum Vertrauensschutz .....	541
<i>E. Gewaltenspezifische Ausprägungen der Rechtskontinuität – dargestellt am Beispiel des Steuerrechts</i> .....	543
I. Die Bedeutung der „Steuerkontinuität“ und die „Kontinuitätsöffnung“ des Steuerrechts .....	543
II. Gesetzeskontinuität .....	562
III. Verwaltungskontinuität .....	591
IV. Rechtsprechungskontinuität .....	615
<i>Ausblick</i> .....	641
I. Wege der Umsetzung in der Praxis .....	641
II. Rechtskontinuität als Befriedung .....	644
<i>Zusammenfassung</i> .....	647
Literaturverzeichnis .....	671
Sachverzeichnis .....	721

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX

## Einführung

I. Eine rechtsgrundsätzliche Aufgabe .....	1
II. Neuland .....	2
III. Eine öffentlich-rechtliche, verfassungsrechtliche Untersuchung zum nationalen Recht .....	2
IV. Die Antithese: Diskontinuität des Rechts, gerade in der Demokratie .....	4
V. Dogmengeschichtliche Dimension .....	5
VI. Die Bedeutung der allgemeinen Geistesgeschichte .....	6
VII. Induktive Methode .....	6
VIII. Vertrauensschutz und Kontinuität .....	7
IX. Verdeutlichung im Steuerrecht .....	8
X. Nur ein Anfang .....	9

## A. Die Kontinuität in der geistesgeschichtlichen Entwicklung

I. Begrifflicher Ausgangspunkt: Kontinuität im allgemeinen Sprachgebrauch .....	11
1. Problembereiche und Definition .....	11

a)	Kontinuität als zeitbezogener Zusammenhang . . . . .	12
b)	Formen des Zusammenhangs . . . . .	13
c)	Intentionale Abhängigkeit . . . . .	14
d)	Begriffsaspekte unter verschiedenen Blickwinkeln . . . . .	15
(1)	Kontinuität als Gegenbegriff zu Unterbrechung . . . . .	15
(2)	Kontinuität als Stetigkeit . . . . .	15
(3)	Kontinuität als Fortbestand im Wandel . . . . .	15
2.	Zusammenfassung – Definition von „Kontinuität“ . . . . .	16
II.	Kontinuität in Philosophie und Geisteswissenschaft . . . . .	18
1.	Bedeutung der Untersuchung . . . . .	18
2.	Fünf Fragen an die philosophischen Kontinuitätsmodelle . . . . .	19
3.	Die wichtigsten geistesgeschichtlichen Entwicklungsphasen . . . . .	20
a)	Die zwei Grundformen der Kontinuität. Ansätze in der Philosophie des alten Indien . . . . .	20
b)	Kontinuität in Substanz oder Vorgang? Die Überlegungen der Vorsokratiker . . . . .	22
(1)	Die Suche nach dem Urgrund: Thales . . . . .	22
(2)	Kontinuität als Herstellung von Gleichgewicht: Anaximander . . . . .	23
(3)	Kontinuität als gleichförmiger Veränderungsrythmus: Heraklit . . . . .	23
(4)	Kontinuität als System der Verbindung beweglicher Elemente: die Atomisten . . . . .	25
c)	Kontinuität als Begriff: die Definition des Aristoteles . . . . .	26
d)	„Psychologisierung“ der Kontinuität – der Einbezug des Menschen durch Plotin . . . . .	28
(1)	Die Seele als kontinuierende Kraft . . . . .	28
(2)	Aspekte einer Kontinuitätslehre . . . . .	30
e)	Kontinuität in funktionalen Bezügen – die Lehren des Mittelalters und der frühen Neuzeit . . . . .	30
f)	Kontinuität aus der Sicht des Menschen – der deutsche Idealismus . . . . .	32
(1)	Kontinuität als apriorisches Prinzip bei Immanuel Kant – Kritik der reinen Vernunft . . . . .	32
(a)	Der Begriff „Kontinuität“ . . . . .	33
(b)	Kontinuität von Erscheinungen und Veränderungen . . . . .	33
(2)	Kontinuität in der Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels . . . . .	34
g)	Die philosophische Diskussion bis zur Gegenwart . . . . .	36
(1)	Kontinuität und „durée“ – die Lebensphilosophie Henri Bergsons . . . . .	36
(2)	Kontinuität durch Erinnerungskontinuen: die Phänomenologie Edmund Husserls . . . . .	37
h)	Insbesondere Kontinuität in der Geschichtswissenschaft . . . . .	38
(1)	Kontinuität als generierendes Prinzip nach Johann Gustav Droysen . . . . .	39
(2)	Kontinuität als Postulat (Jacob Burckhardt), psychologische Erfahrung (Wilhelm Dilthey), wissenschaftliche Konstruktion (Georg Simmel) oder Illusion (Claude Lévi-Strauß; Michel Foucault) . . . . .	40

(3) Historische Kontinuität als Aporie – die heute herrschende Auffassung in der Geschichtswissenschaft .....	41
4. Bewertung der geistesgeschichtlichen Erkenntnisse für eine allgemeine wissenschaftstheoretische Begriffsbildung .....	42
a) Definition des Kontinuums .....	43
b) Formen der Kontinuität .....	44
c) Begründung der Kontinuität .....	45
d) Verhältnis von Kontinuität zu Gegenbegriffen .....	45
e) Stellung des Individuums im Kontinuitätsmodell .....	46
5. Zusammenfassung und allgemeine wissenschaftstheoretische Begriffsbestimmung .....	46
a) Zusammenfassung .....	46
b) Bestimmung des Bruchpunkts .....	46
(1) Strukturkontinuität .....	47
(2) Rhythmuskontinuität .....	47
(3) Struktur-Rhythmus-Kontinuität .....	48
6. Die Bedeutung der wissenschaftstheoretischen Begriffs- bestimmung für einen juristischen Begriff der Kontinuität .....	48
III. Historische Kontinuitätsphänomene .....	50
1. „Kontinuität“ als Zentralbegriff der deutschen Rechts- geschichte – Gang der Darstellung .....	50
2. Das römisch-kanonische Recht als Kontinuitätsbrücke .....	54
a) Die zwei Kontinuitäts Pfeiler: das römische und das kanonische Recht .....	54
b) Der Einfluß des römischen Rechts auf das frühmittelalterliche Rechtsdenken und seine Neubelebung in der Karolingischen Renaissance .....	56
c) Verstärkungen der Kontinuität durch neue Rechtsformen: mittelalterliches Gewohnheitsrecht, Schriftrecht, kodifiziertes Recht ..	57
d) Kontinuitätsimpulse durch Scholastik und Kanonistik .....	59
e) Das Corpus Iuris als Kontinuitätsbrücke .....	60
f) Folgerungen für einen Rechtsbegriff der Kontinuität .....	61
3. Die kontinuierlichwahrende Idee der translatio Imperii .....	62
a) Die Idee der translatio Imperii und ihre wissenschaftliche Überwindung .....	62
b) Diskontinuierliche Entwicklungen .....	63
4. Monarchie und Aristokratie als Kontinuitätsträger .....	64
5. Das aufklärerische Vernunftrecht – erste Ansätze normierter Rechtssicherheit .....	66
a) Die Vorläufer: Rechtssicherheit als traditionelle Aufgabe des Staates in Deutschland .....	66
b) Die Rechtsidee im aufklärerischen Vernunftrecht; die Kodifikationsidee .....	66

c) Insbesondere die Rechtssicherheit im Preußischen Allgemeinen Landrecht .....	68
6. Der Kontinuitätsbruch der französischen Revolution .....	70
a) Die Revolution als wesentliches Diskontinuum .....	70
b) Der geistige Durchbruch zur Diskontinuität .....	71
c) Die zeitgenössische Kritik – insbesondere das Kontinuitäts- denken Edmund Burkes .....	72
d) Kontinuität in der und über die Revolution? .....	75
e) Die französische Revolution, ihre Kritik und der Rechtsbegriff der Kontinuität – Fazit .....	76
7. Weiterwirkende und neue Kontinuitäten .....	77
a) Revolution in Frankreich – Evolution in Deutschland .....	77
b) Weiterwirkende Kontinuitäten im Deutschen Kaiserreich .....	78
c) Die Suche nach neuen Kontinuitäten – die Historische Schule der Rechtswissenschaft .....	79
8. Kontinuitätsbrüche in der neueren deutschen Verfassungs- geschichte – ihre Abmilderung .....	81
a) Das Ende der Monarchie und Weimar – Diskontinuitäten, die keine sein sollten .....	81
b) Nationalsozialismus und Übergang in die Bonner Demokratie – eher Lücke als Bruch der Kontinuität .....	84
c) „Staatskonkurs“ – Kontinuität deutscher Staatlichkeit .....	87
d) Fortsetzung des Deutschen Reichs – grundgesetzliche Kontinuitätsbrücken .....	88
e) Die Wiedervereinigung – Neuordnung in Kontinuität .....	90
f) Abschließende historische Folgerungen für einen Rechtsbegriff der Kontinuität .....	94
9. Zusammenfassung .....	94
a) Ergebnisse zur Begriffsbestimmung .....	95
b) Die Kontinuitätserscheinungen im Bereich der Rechtsnormen .....	96
c) Kontinuität in der Staatsformenlehre .....	97
d) Kontinuität und Vertrauen .....	98
e) Erwartungen an die gegenwärtige Dogmatik .....	98

## B. Die Kontinuität im Rechtsdenken

I. Rechtliche Kontinuität im neueren Schrifttum zu allgemeiner Rechtslehre und Rechtssoziologie .....	99
1. Die Diskussion um die Kontinuität des Rechts .....	99
2. Rechtliche Kontinuität aus rechtsgrundsätzlicher Sicht: Rechtsanthropologie, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Semiotik .....	102

a)	Rechtliche Kontinuität als Voraussetzung individueller Orientierungsgewißheit . . . . .	103
(1)	Der Schutz von Institutionen – Arnold Gehlen . . . . .	103
(2)	Situative und psychologische Differenzierungen – Carl August Emge . . . . .	104
(3)	Die Kontinuitätsvorstellungen Theodor Geigers – kritische Darstellung . . . . .	106
b)	Kontinuierliches Recht zwischen Rechtssicherheit und Gerechtigkeit: Gustav Radbruch, Arthur Kaufmann, Paul Bockelmann, Wilhelm Sauer . . . . .	110
c)	Stabilisierung normativer Erwartungen: Niklas Luhmann . . . . .	113
d)	Kontinuitätswahrung durch Sprache – rhetorische Semiotik, staatstheoretische Ansätze . . . . .	115
e)	Fazit für eine Kontinuitätslehre . . . . .	118
3.	Rechtliche Kontinuität als Erfordernis praktischer Rechtsanwendung . . . . .	119
a)	Relative Stabilität des Rechts . . . . .	119
(1)	Rechtliche Kontinuität als Element relativer Rechtssicherheit – Ludwig Bendix . . . . .	119
(2)	„Kontinuitätsinteresse“ als Rechtsgut – Philipp Heck . . . . .	121
(3)	Fortbestand des objektiven Rechts – Max Rümelin . . . . .	122
b)	Ausschluß sprunghaften oder grundlosen Wechsels in der Normgestaltung – Franz Scholz, Heinrich Henkel, Reinhold Zippelius, Thomas Würtenberger . . . . .	123
c)	Ergebnisse für eine Kontinuitätslehre . . . . .	125
4.	Exkurs: Gewohnheitsrecht als praktische Ausprägung rechtlichen Kontinuitätsdenkens . . . . .	126
a)	Bedeutung des gewohnheitsrechtlichen Kontinuitätsverständnisses für die Fragestellung . . . . .	126
(1)	Gewohnheitsrecht und rechtliche Kontinuität . . . . .	126
(2)	Gewohnheitsrecht als Rechtsquelle . . . . .	127
b)	„Longa consuetudo“ und rechtliche Kontinuität . . . . .	131
(1)	Erstreckung in die Vergangenheit . . . . .	131
(2)	Bestätigung rechtlicher Lagen . . . . .	132
(3)	Unschädlichkeit gelegentlicher Abweichungen . . . . .	133
(4)	Wechselseitige Teilkompensation objektiver und subjektiver Stabilitätselemente . . . . .	133
(5)	Die Bedeutung des Vergleichens . . . . .	134
c)	Zusammenfassung . . . . .	135
II.	Rechtliche Kontinuität in Literatur und Rechtsprechung des neueren öffentlichen Rechts . . . . .	136
1.	Kontinuität und Recht in der Staatslehre der Weimarer Zeit . . . . .	136
a)	Allgemeines – die Fragestellung der damaligen Staatslehre . . . . .	136
b)	Hans Kelsens Reine Rechtslehre . . . . .	138

c) Rudolf Smends Integrationslehre . . . . .	141
d) Hermann Hellers Staatslehre . . . . .	144
e) Carl Schmitts Dezisionismus . . . . .	145
f) Fazit zur Allgemeinen Staatslehre der Weimarer Zeit . . . . .	147
2. Rechtliche Kontinuität als Element der Rechtsstaatlichkeit – das gegenwärtige öffentlich-rechtliche Schrifttum . . . . .	148
a) Fehlen einer ausgebauten Dogmatik . . . . .	148
b) Begriffsvielfalt . . . . .	150
c) Verwendungszusammenhänge . . . . .	151
(1) Ansätze zu einer Lehre der „Gesetzeskontinuität“ . . . . .	152
(a) „Gesetzeskontinuität“ als Gegenstand der Staats- rechtslehrertagung 1981 . . . . .	152
(b) Anschließende Diskussion . . . . .	154
(2) Überlegungen zu administrativen Selbstbindungen . . . . .	155
(3) Untersuchungen zur „Rechtsprechungskontinuität“ . . . . .	156
(4) Hinweise zu einer gewaltenübergreifenden Lehre der rechtlichen Kontinuität . . . . .	158
3. Das Bild der Rechtsprechung: „Kontinuität“ in verschiedenen Graden der Bindungswirkung und unter- schiedlichen Verwendungszusammenhängen . . . . .	160
a) Unterschiedliche Grade der Bindungswirkung . . . . .	160
b) Vielfalt der Verwendungszusammenhänge . . . . .	162

## C. Rechtskontinuität als Verfassungsgrundsatz

I. Rechtskontinuität als Verfassungsbegriff – allgemeine dogmatische Grundlagen . . . . .	165
1. Rechtsbegriff – Rechtsnorm – Rechtsprinzip . . . . .	165
a) Die Hypothese eines Gebots der Rechtskontinuität . . . . .	165
b) Der Begriff „Rechtskontinuität“ – Abgrenzung zur rechtlichen Kontinuität . . . . .	167
c) Rechtskontinuität als Rechtsnorm – Präzisierung der Hypothese . . . . .	167
d) Rechtskontinuität als Prinzip . . . . .	169
(1) Rechtskontinuität als Prinzip im Sinne von Ronald Dworkin . . . . .	170
(2) Rechtskontinuität als Prinzip nach der Theorie von Robert Alexy . . . . .	171
(3) Rechtskontinuität als Prinzip im Sinne von Jan Sieckmann . . . . .	174
e) Rechtskontinuität als konditional programmierte Rechtsnorm mit der Wirkungsweise eines Rechtsprinzips . . . . .	175
2. Das hypothetische Gebot der Rechtskontinuität als objektiv-rechtlicher Grundsatz . . . . .	177

3. Der Inhalt der Rechtskontinuität: die Aufeinanderfolge von Rechtslagen in der Zeit .....	180
a) Die Übertragung der allgemeinen Kontinuitätskategorien auf das Recht .....	180
b) Insbesondere Begriff und Ermittlung der Rechtslage .....	181
(1) Allgemeine Begriffsbestimmung .....	181
(2) Rechtslage und Rechtsverhältnis .....	182
(3) Die zeitliche Erstreckung der Rechtslage .....	184
(4) Festlegung und Endgültigkeit des Veränderungsbruchpunkts ...	187
c) Zusammenfassung zur dogmatischen Figur der Rechtskontinuität ...	188
4. Rechtskontinuität als Verfassungsprinzip – die Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Verortung .....	189
a) Der übergreifende Geltungsanspruch der Rechtskontinuität .....	189
b) Rechtskontinuität als Fundamentalgrundsatz des Rechts .....	191
c) Rechtskontinuität als Stabilisierungsfaktor in der Verfassung .....	193
d) Rechtskontinuität als staatskonstitutiver Grundsatz .....	193
(1) Kontinuität als Existenzbedingung des Staates .....	194
(2) Kontinuität als Unterscheidungskriterium im Verhältnis Staat – Gesellschaft .....	195
(3) Kontinuität durch permanente Organisation des Staates .....	196
(4) Kontinuität durch Entfunktionalisierung und „Verrechtlichung“ des Staates .....	196
(5) Kontinuität in den Erscheinungsformen des Staates .....	197
II. Der allgemeine Gleichheitssatz als zentrale Rechtsgrundlage der Rechtskontinuität .....	199
1. Der Gleichheitssatz in Entsprechung zu den besonderen Aspekten des Kontinuitätsproblems .....	199
a) Die Eigenarten des Kontinuitätsproblems: Rechtslagenvergleich – „Erfolgsneutralität“ – Objektive Ausrichtung .....	199
b) Die Eigenarten des Gleichheitssatzes: Relativität – Modalität – Objektivität .....	201
c) Folgerungen für den Aufbau der Untersuchung: Der allgemeine Gleichheitssatz und die Freiheitsrechte als Rechtsgrundlagen .....	203
2. Der Gleichheitssatz in seiner Kontinuitätsdimension .....	204
a) „Gleichheit in der Zeit“ – Stand der Rechtsprechung und der Literatur .....	204
(1) Zeitliche Gleichheit in der Rechtsprechung .....	204
(2) „Gleichheit in der Zeit“ im Schrifttum – Günter Dürig und Paul Kirchhof .....	206
(a) Günter Dürigs Lehre einer „Entzeitung“ des Rechts .....	207
(b) Paul Kirchhofs gewaltenspezifisch ausdifferenzierte Gleichheitslehre .....	208



b)	Bisherige Kritik an einer „Gleichheit in der Zeit“ .....	212
(1)	Der Einwand begriffsnotwendiger Ungleichheiten .....	212
(2)	Der Einwand letztlich intendierter Gleichheit .....	213
(3)	Der Einwand notwendiger Staatsdynamik .....	215
c)	Verortung der Rechtskontinuität allein im Bereich der Rechtsstaatlichkeit? .....	215
3.	Prüfungskriterien zeitlicher Gleichheit .....	217
a)	Das Erfordernis des hinreichenden Grundes .....	217
(1)	Bezug auf „Ob“ und „Wie“ der Änderung .....	217
(2)	Abwägungserfordernis .....	218
(3)	Stufendogmatik der Rechtskontinuität .....	219
(a)	Das Vorliegen eines Grundes .....	219
(b)	Die Nachvollziehbarkeit der Grundes .....	220
(c)	Die Vernünftigkeit des Grundes .....	220
(d)	Die Verhältnismäßigkeit der Änderung .....	220
(4)	Folgerungen für die Kontinuitätsprüfung .....	225
b)	Widerspruchsfreiheit als Folgerichtigkeit staatlichen Verhaltens in der Zeit .....	228
(1)	Das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung .....	228
(a)	Das Verbot der Widersprüchlichkeit des Staatshandelns .....	228
(b)	Zur Systematisierung normlogischer Widersprüche .....	229
(2)	Die Widerspruchsfreiheit als Ausprägung des Gleichheitssatzes .....	231
(3)	Folgerichtigkeit als Widerspruchsfreiheit in der Zeit .....	233
c)	Systemgerechtigkeit in der Zeit als Kontinuitätsfrage .....	235
(1)	Systembindung als Problem rechtlicher Kontinuität .....	235
(2)	Systemgerechtigkeit als Prüfungskriterium der Rechtskontinuität .....	237
(a)	Rechtsprechung und Schrifttum .....	237
(b)	Der Begriff des „Systems“ .....	238
(c)	Systembindung und staatliche Gestaltungsfreiheit .....	241
(3)	Folgerung für das Prinzip der Rechtskontinuität .....	242
(a)	Systemabweichung als Indiz für Kontinuitätsverletzung .....	242
(b)	Praktische Hinweise für die Kontinuitätsprüfung .....	244
d)	Exkurs: Einheit der Rechtsordnung und Rechtskontinuität .....	245
e)	Ergebnis zur Bedeutung des Gleichheitssatzes für die Rechtskontinuität .....	247
III.	Freiheitsrechte als besondere Ausprägungen der „Gleichheit in der Zeit“ – ihr Kontinuitätsgehalt .....	249
1.	Die institutionellen Gehalte der freiheitlichen Grundrechte als Ansatzpunkte eines Prinzips der Rechtskontinuität .....	249
a)	Die objektiven Grundrechtsgehalte in ihrer Kontinuitätsdimension .....	249
b)	Die verfassungsgeschichtliche Entwicklung der objektiven Grundrechtsgehalte .....	250
c)	Die verfassungsrechtliche Bedeutung objektiver Grundrechts- gehalte im einzelnen .....	252

d)	Die objektive Gewährleistungsdimension der Grundrechte in ihrem Verhältnis zur „Gleichheit in der Zeit“ .....	255
e)	Die Verstetigungsräume der Grundrechte als zeitliche Schutzbereiche .....	256
2.	Die Grundrechte zum Schutz der Individualosphäre und des persönlichen Umfelds in ihrer Kontinuitätsdimension	257
a)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt des Grundrechts der Menschenwürde .....	257
(1)	Die Menschenwürde als Traditionssicherung und Zukunftsvision	257
(a)	Anknüpfen an historische Traditionen .....	257
(b)	Zukunftsvision .....	258
(c)	Überbrückung von Zäsuren .....	259
(2)	Die Menschenwürde als Stabilitätsstütze im Grundgesetz	260
(3)	Wirkungen der Menschenwürde als Ausprägungen der Rechtskontinuität .....	261
(4)	Die Kontinuitätsdimension der Menschenwürde im Bereich der Gentechnik .....	262
(5)	Zusammenfassung: der Satz von der Menschenwürde als besondere Grundlage der Rechtskontinuität im Grundgesetz .	264
b)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt der persönlichen Freiheitsrechte .....	264
(1)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit .....	265
(a)	Die allgemeine Handlungsfreiheit in ihrer Kontinuitätsprägung .....	265
(b)	Kontinuitätsdimensionen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	267
(2)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt des Grundrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit .....	269
(3)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt der Freiheit der Person .....	270
(4)	Zusammenfassung: die persönlichen Freiheitsrechte als Grundlagen der Rechtskontinuität im Grundgesetz .....	271
c)	Die Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit .....	272
(1)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsgehalt des Art. 4 GG	272
(2)	Die besonderen Kontinuitätsprägungen des Staatskirchenrechts .	274
(a)	Kontinuität infolge Inkorporation .....	275
(b)	Kontinuität kraft Tradition .....	276
(c)	Der Schutz der Kontinuität kirchlich-mitgliedschaftlicher Rechtstraditionen im Europarecht .....	276
(d)	Kontinuität durch Resistenz .....	278
(3)	Zusammenfassung: die Glaubensfreiheit als spezielle Grundlage der Rechtskontinuität im Grundgesetz .....	279
d)	Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt des Schutzes von Ehe und Familie .....	279
(1)	Traditionelles Bild und Wandel der Lebensverhältnisse .....	279

(2) Staatliche Verpflichtung zum Bau von Kontinuitätsbrücken . . . .	281
(3) Praktische Folgerungen . . . . .	283
e) Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt der Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit . . . . .	284
f) Rechtskontinuität als Gewährleistungsinhalt der Unverletzlichkeit der Wohnung . . . . .	286
3. Die Rechtskontinuität und die wirtschaftlichen Grundrechte .	287
a) Das Eigentumsgrundrecht als Verbürgung von Rechtskontinuität . . .	288
(1) Kontinuitätsdimensionen in den geistes- und entwick- lungsgeschichtlichen Grundlagen des Eigentums . . . . .	288
(2) Die Kontinuitätsprägung des eigentumsrechtlichen Schutzbereichs . . . . .	290
(a) Eigentum als dauerhafte rechtliche Zuordnung . . . . .	290
(b) Erbrecht als Fortsetzung des Eigentums . . . . .	291
(3) Kontinuitätsdimensionen im Recht der Enteignung . . . . .	292
(4) Sozialbindung als Diskontinuität? . . . . .	293
(5) Das Prinzip der Rechtskontinuität in einzelnen Materien des öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	296
(a) Kontinuitätsdimensionen des Betriebseigentums . . . . .	296
(b) Das Sozialversicherungsrecht in seiner Kontinuitätsprägung .	298
(c) Bedeutung der Kontinuität im Mietrecht . . . . .	302
(d) Kontinuität und Baurecht . . . . .	303
(e) Kontinuitätsaspekte insbesondere im Plangewähr- leistungsrecht . . . . .	305
(f) Der Planungsgrundsatz der Nachhaltigkeit als eine Konkretisierung der Rechtskontinuität . . . . .	308
(g) Kontinuitätsprägungen des Steuerrechts aus dem Eigentumsrecht . . . . .	310
b) Berufsfreiheit – Ordnung in Kontinuität . . . . .	314
(1) Beruf als kontinuierlicher Sachverhalt . . . . .	314
(2) Beruf als dauerhafte Schaffung der Lebensgrundlage . . . . .	315
(3) Berufsbilder als Ausprägungen kontinuierlichen Berufsverständnisses . . . . .	316
(4) Die Stufentheorie als Ausdruck der Rechtskontinuität . . . . .	318
(5) Rechtskontinuität und berufswirksame Steuernormen . . . . .	320
(6) Zusammenfassung . . . . .	322
IV. Kontinuitätswahrung durch verfassungsrechtliche Einrichtungsgewährleistungen . . . . .	323
1. Die verfassungsrechtlichen Einrichtungsgarantien als Kontinuitätsträger . . . . .	323
a) Die geistigen Grundlagen des Kontinuitätsdenkens zu den Einrichtungsgarantien . . . . .	324
b) Institutsgarantien und institutionelle Garantien . . . . .	326
c) Die Einrichtungsgewährleistungen als Sicherungen von Normbestand und Stetigkeit der Normentwicklung . . . . .	327

(1) Die Verfassungsbegrifflichkeit der Einrichtungsgarantien – ihre Bestimmung nach dem Herkommen . . . . .	327
(2) Die Garantien als Gewährleistung einfachrechtlicher Normkomplexe . . . . .	328
2. Staatsangehörigkeit als Einrichtung in Kontinuität . . . . .	330
a) Staatsangehörigkeit als Institution . . . . .	330
b) Die zwei Kontinuitätsaspekte der Staatsangehörigkeit . . . . .	331
c) Neuere Entwicklungen des Staatsangehörigkeitsrechts und Kontinuitätsgebot . . . . .	333
3. Die kommunale Selbstverwaltung als Kontinuitätsbegriff . . . . .	334
a) Selbstverwaltung als bereichsspezifisch festliegender Begriff . . . . .	334
b) Historische Tradition des Selbstverwaltungsrechts . . . . .	336
c) Der Inhalt des Selbstverwaltungsrechts in seiner Kontinuitätsdimension . . . . .	337
4. Das Berufsbeamtentum als Kontinuitätsträger . . . . .	340
a) Das Berufsbeamtentum als Stabilisierungsfaktor . . . . .	340
b) Die „hergebrachten Grundsätze“ . . . . .	342
c) Insbesondere Lebenszeitgrundsatz und Alimentation . . . . .	343
d) Fortentwicklung des Beamtenrechts im Lichte der Rechtskontinuität . . . . .	345
5. Die Kontinuitätsbedeutung der Einrichtungsgewähr- leistungen – Zusammenfassung . . . . .	346
V. Das Rechtsstaatsprinzip als Grundlage und Kriterien- bestimmung der Kontinuität . . . . .	347
1. Bestimmtheit . . . . .	349
a) Bestimmtheit und Rechtskontinuität . . . . .	349
b) „Offenheit“ als Kontinuitätsrahmen . . . . .	351
2. Erforderlichkeit – Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn . . . . .	352
3. Vorhersehbarkeit staatlichen Verhaltens . . . . .	353
4. Berechenbarkeit . . . . .	356
5. Gesetzesbindung von Verwaltung und Gerichten . . . . .	358
6. Gewaltenteilung . . . . .	359
7. Das Zusammenwirken von Grundrechten und Rechts- staatsprinzip bei der Begründung der Rechtskontinuität . . . . .	361
VI. Die Ewigkeitsgarantie als Modell des Schutzes rechtlicher Kontinuität . . . . .	364
1. Einordnung in die Kontinuitätsdogmatik . . . . .	364
2. Die Unabänderlichkeit der Verfassung als Permanenz- proklamation . . . . .	365

a)	Der Schutz der rechtlichen Kontinuität durch Stabilisierung der verfassungsrechtlichen Ordnung . . . . .	365
b)	Normative Selbstverewigung eines Provisoriums? . . . . .	366
c)	Perpetuierung von Verfassungsinhalten in veränderbarem Rahmen . .	367
(1)	Ausschluß von Veränderungen? . . . . .	367
(2)	Verstetigung bestimmter Verfassungsinhalte . . . . .	368
3.	Veränderungsmöglichkeiten im Bereich des Unabänderlichen. . . . .	370
a)	Die weiten Veränderungsräume des Art. 79 Absatz 3 GG. . . . .	370
b)	Fernwirkungen der Ewigkeitsgarantie gegenüber möglichen Veränderungen . . . . .	372
4.	Zur Verankerung der Rechtskontinuität in der Ewigkeitsgarantie . . . . .	373
VII.	Demokratische Dynamik gegen Rechtskontinuität . . . . .	376
1.	Rechtskontinuität zwischen Konservativismus und Progressivität . . . . .	376
2.	Die grundsätzliche Spannung zwischen volkssouveräner Demokratie und kontinuieritätswahrender Verfassungsordnung . . . . .	378
3.	Grundrechtliche Verortung demokratischer Dynamik – insbesondere die Meinungsfreiheit . . . . .	379
a)	Diskontinuitätsgehalte grundrechtlicher Schutzbereiche – Überblick . . . . .	379
b)	Diskontinuitätselemente in den Gewährleistungen des Art. 5 GG . . .	381
c)	Ergebnis für einen Grundsatz der Rechtskontinuität . . . . .	384
4.	Demokratische Staatsorganisation – Dynamik ohne Kontinuität? . . . . .	385
a)	Diskontinuität aus Wahlen? . . . . .	385
b)	Staatsorganisatorische Kontinuitätsgestaltungen in der Wahldemokratie . . . . .	387
(1)	Der Bundesrat als kontinuierliches Organ . . . . .	387
(2)	Kontinuitäten in der Richterwahl . . . . .	388
(3)	Kontinuitätseffekte durch Überlagerungen von Wahlperioden . . .	389
5.	Insbesondere der parlamentarische Diskontinuitätsgrundsatz . . . . .	390
a)	Bedeutung für die Untersuchung . . . . .	390
b)	Begriffsbestimmung und Abgrenzung . . . . .	391
(1)	Begriffsbestimmung . . . . .	391
(2)	Abgrenzung zur Organkontinuität des Bundestags . . . . .	393
(3)	„Aufhebung“ des Gegensatzes von parlamentarischer Diskontinuität und Organkontinuität . . . . .	394
c)	Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	395
(1)	Rechtfertigung aus Sachgesetzlichkeit der parlamentarischen Arbeit? . . . . .	395

(a) Die parlamentarische Tradition: keine Ansatzpunkte für die Überwindung von Veränderungsbruchpunkten . . . . .	396
(b) Bedeutungswandel in der parlamentarischen Diskontinuität der Gegenwart . . . . .	397
(2) Verfassungsgewohnheitsrechtliche Verankerung? . . . . .	398
(3) Die Grundlagen der personellen und institutionellen Diskontinuität im Repräsentationsprinzip . . . . .	399
(4) Begründung der sachlichen Diskontinuität aus dem Demokratieprinzip . . . . .	399
d) Gewährleistungsgehalt der sachlichen Diskontinuität . . . . .	400
e) Anwendung des Diskontinuitätsgrundsatzes auf andere Verfassungsorgane? . . . . .	403
f) Folgerungen für die Beurteilung des Diskontinuitätseinwands . . . . .	403
g) Ausblick: Rechtskontinuität als Gebäude der Rechtssicherheit . . . . .	405

VIII. Zusammenfassende Darstellung der Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Rechtskontinuität –

prozessuale Geltendmachung . . . . .	406
--------------------------------------	-----

1. Materieellrechtliche Strukturen . . . . . 406

a) Voraussetzungen einer Verletzung der Rechtskontinuität . . . . .	407
(1) Vergleichbare Rechtslagen . . . . .	407
(a) Ausgangs- und Folgerechtslagen . . . . .	408
(b) Vergleichbarkeit der Rechtslagen . . . . .	411
(2) Verletzung der Rechtskontinuität durch ungerechtfertigtes Überschreiten des Veränderungsbruchpunkts . . . . .	412
(a) Bereichsspezifischer Vergleichsmaßstab . . . . .	412
(b) Intensität und Grund der Änderung . . . . .	416
(c) Verhältnis von Änderungsgrund und Änderungsintensität . . . . .	419
b) Rechtsfolgen der Verletzung des Prinzips der Rechtskontinuität . . . . .	427
(1) Verfassungswidrigkeit der Folgerechtslage als allgemeine Rechtsfolge . . . . .	427
(2) Nichtigkeit als Rechtsfolge von Verstößen gegen die Gesetzkontinuität – das Problem der Unvereinbarkeitserklärungen . . . . .	427
(a) Unzulässigkeit der Unvereinbarkeitserklärungen bei Verstößen gegen die Gesetzkontinuität . . . . .	428
(b) Exkurs: Unvereinbarkeitserklärung und Rechtskontinuität . . . . .	430
(3) Rechtsfolgen im Falle rückwirkender Gesetzesänderungen . . . . .	431
(4) Keine Rechtsfolgen einer Diskontinuitätsentscheidung auf frühere Rechtsakte . . . . .	431
(5) Übergangsvorschriften . . . . .	432
(6) Rechtsfolgenbestimmung im Wege verfassungskonformer Auslegung – Ausblick . . . . .	432

2. Die prozessuale Wirkungsweise – zur Geltendmachung einer Verletzung der Rechtskontinuität vor Gericht . . . . . 433

a) Antragsberechtigung . . . . .	433
----------------------------------	-----

b) Geltendmachung der Verfassungswidrigkeit .....	433
(1) Insbesondere die Verfassungsbeschwerde .....	434
(2) Andere Verfahrensarten .....	435
IX. Exkurs: Das Prinzip der Rechtskontinuität in der europäischen Rechtsordnung .....	437
1. Die Ansätze im europäischen Primärrecht – die gemeinschafts- rechtliche Kontinuität als Rechtsgut .....	437
2. Rechtskontinuität und Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs .....	440
a) Rechtskontinuität als allgemeiner Rechtsgrundsatz .....	440
b) Der europäische Gleichheitssatz als zentrale Rechtsgrundlage einer europarechtlichen Rechtskontinuität .....	443
(1) Der europäische Gleichheitssatz und das Problem der Rechtskontinuität .....	443
(2) Der europäische Gleichheitssatz als Gewährleistung von Gleichheit in der Zeit .....	443
(3) Gleichheitsdogmatik einer europarechtlichen Rechtskontinuität .	444
(a) Rechtfertigung durch objektive Unterschiede von einigem Gewicht .....	444
(b) Wahrung einer Systemgerechtigkeit .....	445
c) Kontinuitätsdimensionen der Europäischen Freiheitsgrundrechte ...	446
(1) Die Gewährleistung von Rechtskontinuität in den persönlich- keitsgeprägten europäischen Grundrechten .....	446
(2) Rechtskontinuität aus den Wirtschaftsgrundrechten .....	446
(a) Kontinuitätsdimensionen des europäischen Eigentums- grundrechts .....	446
(b) Kontinuitätsaspekte der europäischen Berufsfreiheit .....	447
d) Kontinuitätssicherung durch das Europäische Rechtsstaatsprinzip ..	448
3. Rechtsgrundsätzliche Diskontinuität im Europarecht .....	448
4. Die Wirkungsweise der europarechtlichen Rechtskontinuität .	450
a) Kreis der kontinuieritätsgeschützten und -verpflichteten Personen ....	450
b) Gerichtliches Geltendmachung einer Verletzung der Rechtskontinuität .....	451
5. Verstärkung der europäischen Rechtskontinuität – Ausblick ..	452
 <b>D. Rechtskontinuität und Vertrauensschutz</b>  	
I. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes in seiner Bedeutung für den Gegenstand der Untersuchung – Gang der Darstellung ..	455
II. Die Fragestellungen des Vertrauensschutzes und der Rechtskontinuität .....	459

1. Der Verfassungsgrundsatz des Vertrauensschutzes .....	459
a) Einflüsse aus der privatrechtlichen Vertrauensschutzdogmatik .....	459
b) Das Prinzip Vertrauensschutz unter dem Grundgesetz .....	462
c) Exkurs: der europäische Grundsatz des Vertrauensschutzes .....	464
2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Fragestellungen ..	465
a) Die Gemeinsamkeiten von Rechtskontinuität und Vertrauensschutz ..	465
b) Die Unterschiede von Rechtskontinuität und Vertrauensschutz .....	466
(1) Vertrauen und Vertrauensbetätigung als Voraussetzungen des Vertrauensschutzes .....	466
(a) Die Voraussetzung des Vertrauens .....	466
(b) Das Erfordernis einer Vertrauensbetätigung .....	469
(2) Permanenz von Rechtslagen als Zielvorstellung des Vertrauensschutzes .....	472
c) Erste Folgerungen für das Verhältnis der beiden Fragestellungen zueinander .....	473
III. Die hauptsächlichen Erscheinungsformen des öffentlich- rechtlichen Vertrauensschutzes in ihrer Bedeutung für die Dogmatik der Rechtskontinuität .....	475
1. Das rechtliche Phänomen der Rückwirkung von Gesetzen ...	477
a) Der Begriff der Rückwirkung nach der herkömmlichen Dogmatik ..	477
(1) Die Unmöglichkeit einer apriorischen Rückwirkungsdefinition ..	477
(2) Die Unterscheidung von echter und unechter Rückwirkung nach der traditionellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	479
(3) Probleme und Vorzüge der Unterscheidung echte/unechte Rückwirkung .....	480
(4) Rückbewirkung von Rechtsfolgen und tatbestandliche Rückanknüpfung – die neuere Judikatur des Zweiten Senats ...	482
(5) Der Zeitpunkt der Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen als maßgebliches Abgrenzungskriterium .....	484
b) Die Begriffe „echte“ und „unechte“ Rückwirkung nach der Kontinuitätsdogmatik .....	485
(1) Die echte Rückwirkung .....	485
(2) Die unechte Rückwirkung .....	487
c) Begrenzungen des Anwendungsbereichs der Rückwirkung? .....	488
(1) Beschränkung auf ausschließlich belastende Gesetze? .....	488
(2) Erfordernis der Schutzwürdigkeit des Bürgers? .....	491
d) Die rechtliche Bewertung der echten Rückwirkung nach der Kontinuitätsdogmatik .....	493
(1) Grundsatzverbot der echten Rückwirkung .....	493
(2) Die Fallgruppen der Ausnahme vom Verbot der echten Rückwirkung nach der Kontinuitätsdogmatik .....	494
(a) Rechnenmüssen mit der Neuregelung vom Zeitpunkt des legislativen Beschlusses an? .....	494
(b) Rechnenmüssen mit der Neuregelung zu einem noch früheren Zeitpunkt? .....	497



(c) Unklare und verworrene Ausgangsrechtslage . . . . .	498
(d) Nichtige Ausgangsrechtslage . . . . .	499
(e) Gesetzliche Korrektur einer zwischenzeitlichen Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung . . . . .	499
(f) Bagatellvorbehalt . . . . .	500
(g) Zwingende Gründe des gemeinen Wohls . . . . .	501
(h) Zur Erstreckung der Ausnahmetatbestände auf begünstigende Rückwirkungen . . . . .	502
e) Die Bewertung der unechten Rückwirkung nach der Kontinuitätslehre . . . . .	503
f) Bedeutung der Rechtskontinuität für die Rückwirkungslehre – im Zusammenhang mit der Vertrauensschutzprüfung . . . . .	504
g) Die Bedeutung der Rechtskontinuität in der europäischen Rückwirkungsdogmatik . . . . .	506
(1) Die Rückwirkungslehre des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	506
(a) Der Ausschluß des Vertrauensschutzes bei Vorherseh- barkeit von Änderungen . . . . .	507
(b) Die Berücksichtigung der Gemeinschaftsbelange . . . . .	507
(2) Die Beurteilung von Rückwirkungen nach der europäischen Rechtskontinuität . . . . .	508
2. Der Vertrauensschutz gegenüber der Verwaltung . . . . .	508
a) Dogmengeschichtliche Grundlagen . . . . .	508
b) Der öffentlich-rechtliche Grundsatz von Treu und Glauben . . . . .	512
(1) Überblick zum Stand von Rechtsprechung und Literatur . . . . .	512
(2) Treu und Glauben und Rechtskontinuität . . . . .	515
(a) Die Bedeutung von Treu und Glauben für die Rechtskontinuität . . . . .	515
(b) Treu und Glauben als weitere Prüfungsstufe – Das „Näheverhältnis“ . . . . .	517
(c) Folgerungen für die Bindungswirkung von Zusagen und tatsächlichen Verständigungen . . . . .	520
c) Die Bindungswirkung der Bestandskraft . . . . .	524
(1) Die Bestandskraft als Begriff der Vertrauensschutzdogmatik . . . . .	524
(2) Die Absichtung von kontinuieräts- und vertrauens- schutzrelevanten Gesichtspunkten – dargestellt am Beispiel der Aufhebung von Verwaltungsakten . . . . .	526
(a) Die Kontinuitätsprüfung . . . . .	526
(b) Die Vertrauensschutzprüfung . . . . .	528
(3) Bestandskraft als kontinuierätsrechtlich relevanter Begriff . . . . .	528
(4) Insbesondere die Bestandskraft von Entscheidungen, die auf einer für nichtig erklärten Norm beruhen . . . . .	529
d) Der Zusammenhang von Vertrauens- und Kontinuitätsprüfung . . . . .	530
3. Vertrauensschutz gegenüber der Rechtsprechung? . . . . .	531
a) Schrifttum: Folgentwicklung zur Rückwirkungsproblematik . . . . .	531
b) Vertrauensschutz gegen Rechtsprechungsänderungen – die höchstrichterliche Judikatur . . . . .	533

c) Vertrauensschutz gegenüber der Rechtsprechung im Lichte der Kontinuitätsdogmatik . . . . .	536
(1) Die Funktionen der Gerichtsbarkeit . . . . .	536
(2) Kein Vertrauensschutz gegenüber Rechtsprechungsänderungen. . . . .	538
IV. Folgerungen für das Verhältnis der Rechtskontinuität zum Vertrauensschutz . . . . .	541

## E. Gewaltenspezifische Ausprägungen der Rechtskontinuität – dargestellt am Beispiel des Steuerrechts

I. Die Bedeutung der „Steuerkontinuität“ und die „Kontinuitätsöffnung“ des Steuerrechts . . . . .	543
1. Die Bedeutung der Steuerkontinuität . . . . .	543
a) Die „Schnellebigkeit“ des Steuerrechts . . . . .	544
(1) Hintergründe und Ursachen . . . . .	545
(a) Steuergesetzgebung . . . . .	545
(b) Steuerverwaltung . . . . .	549
(c) Steuerrechtsprechung . . . . .	549
(2) Fehlende verfassungsrechtliche Abhilfe . . . . .	550
b) Spezifisch steuerrechtliche Kontinuitätsbedürfnisse . . . . .	551
2. Die „Kontinuitätsöffnung des Steuerrechts“ . . . . .	553
a) Kontinuitätsöffnung infolge Normgeprägtheit . . . . .	553
b) Erleichterungen bei der Feststellung von Rechtslagen und der Abstände zwischen ihnen . . . . .	555
c) Bedeutung und Ausgestaltung des grundgesetzlichen Gleichheitssatzes im Steuerrecht . . . . .	556
(1) Das Leistungsfähigkeitsprinzip in seiner maßstabbildenden Bedeutung für den Grundsatz der Rechtskontinuität . . . . .	557
(2) Suche nach dem Durchschnitt: Typisierungen und Pauschalierungen . . . . .	558
II. Gesetzeskontinuität . . . . .	562
1. Rechtskontinuität bei Einführung neuer Steuern . . . . .	562
a) Das Steuererfindungsrecht als steuerspezifisches Rechtsproblem . . . . .	562
b) Die kontinuierätsrechtliche Problemdimension . . . . .	562
2. Änderung von Steuertarifen . . . . .	564
3. Die rückwirkenden Änderungen laufend erhobener Steuern . . . . .	564
a) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	565
b) Die Widerlegung dieser Auffassung im Schrifttum . . . . .	566
c) Die Behandlung der Frage nach der Kontinuitätsdogmatik . . . . .	568

4. Das Prinzip der Rechtskontinuität bei Lastenausteilungs- und Lenkungsnormen . . . . .	569
a) Begriffliche und dogmatische Grundlagen der Unterscheidung . . . . .	569
(1) Lastenausteilungsnormen . . . . .	572
(2) Lenkungsnormen . . . . .	572
b) Bedeutung für das Prinzip der Rechtskontinuität . . . . .	574
(1) Lastenausteilungsnormen . . . . .	574
(2) Lenkungsnormen . . . . .	574
(a) Kursstabilisierung . . . . .	574
(b) Kurskorrektur . . . . .	575
(c) Kursaufgabe . . . . .	575
(d) Kursumlenkung . . . . .	576
c) Bestätigung durch neuere Entwicklungen in der Vertrauensschutzdogmatik . . . . .	576
5. Rechtskontinuität bei legislativen Befristungen . . . . .	578
a) Befristung der Folgerechtslage als Rechtfertigung von Diskontinuität? . . . . .	579
b) Befristete Folgerechtslagen als Kontinuitätslücken? . . . . .	579
c) Kontinuitätsrechtliche Beurteilung zwischenzeitlicher Änderung befristeter Rechtslagen . . . . .	580
6. Verordnungskontinuität im Steuerrecht . . . . .	583
a) Anwendungsbereich . . . . .	583
b) Das Prinzip der Tatbestandsmäßigkeit . . . . .	584
c) Die Schärfung der Verordnungskontinuität . . . . .	586
7. „Externe Kontinuitätsbrücken“ . . . . .	587
a) Gesetzesankündigung und Rechtskontinuität . . . . .	587
b) Härteausgleich durch die Verwaltung als Kontinuitätsbrücke . . . . .	588
III. Verwaltungskontinuität . . . . .	591
1. Rechtskontinuität bei der Änderung von Verwaltungsvorschriften . . . . .	591
a) Überblick . . . . .	591
b) Insbesondere norminterpretierende und normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften . . . . .	592
c) Typisierung- und Ermessensvorschriften . . . . .	595
2. Rechtskontinuität in der laufenden Praxis der Steuerverwaltung . . . . .	597
a) „Besteuerungsgleichmäßigkeit in der Zeit“ . . . . .	597
b) Kontinuität und „Schwerfälligkeit der Verwaltung“ . . . . .	598
3. Rechtskontinuität bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden . . . . .	599
a) Erlaß und Bestandskraft als Stufen der Stabilisierung . . . . .	600

b) Die Berichtigung offener Unrichtigkeiten als erstmalige Herstellung der Ausgangsrechtslage .....	601
c) Vorbehalts- und vorläufige Steuerfestsetzungen im Lichte der Rechtskontinuität .....	601
d) Korrektursystem und Rechtskontinuität .....	603
4. Insbesondere § 176 AO als Kontinuitätsmodell der Abgabenordnung .....	604
a) Die bestandskräftige Steuerfestsetzung als Ausgangsrechtslage .....	605
b) Keine Beschränkung des § 176 AO auf den Vertrauensschutz .....	606
c) Der zeitliche Anwendungsbereich des § 176 AO als Ausprägung des Prinzips der Rechtskontinuität .....	607
d) Die überbrückten Zäsuren im einzelnen .....	608
(1) Die Feststellung der Nichtigkeit eines Gesetzes – die Annahme entsprechender Verfassungswidrigkeit .....	608
(2) Die Überbrückung der Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	610
(3) Die Überbrückung der Änderung von Verwaltungsvorschriften ..	612
5. Rechtskontinuität und Nichtanwendungserlasse .....	613
IV. Rechtsprechungskontinuität .....	615
1. Besondere Bedeutung im Steuerrecht .....	615
2. Schrifttum und Rechtsprechung .....	615
a) Schrifttum .....	615
b) Rechtsprechung .....	617
3. Kriterien der Kontinuitätsbeurteilung von Recht- sprechungsänderungen .....	619
a) Der Begriff der „Rechtsprechung“ .....	620
(1) Beschränkung auf höchstrichterliche Rechtsprechung .....	620
(2) Eindeutige Rechtsprechung .....	621
(3) Nicht notwendig „ständige“ Rechtsprechung .....	622
(4) Keine Beschränkung auf „Grundsatzentscheidungen“ .....	623
(5) Widersprechende Senatsentscheidungen und Großer Senat .....	623
(6) Keine Beschränkung auf veröffentlichte Entscheidungen .....	623
(7) Unbeachtlichkeit eines „Gesamtbilds der Rechtsprechung“ .....	624
(8) Maßgeblichkeit der tragenden Gründe, nicht von obiter dicta ...	624
(9) „Normierungsfähigkeit“ der Rechtsprechung .....	625
b) Kriterien für die Annahme einer Änderung .....	626
(1) Die Problematik allgemeiner Änderungskategorien .....	626
(2) Versuche einer Abmilderung möglicher Diskontinuitäten .....	628
(a) Beschränkung von Rechtsprechungsänderungen auf künftige Fälle .....	628
(b) Ankündigung einer Rechtsprechungsänderung .....	630
(c) „Abmilderung“ der Wirkung von Rechtsprechungsänderung durch die Administration? .....	631

c) Die Prüfung von Rechtsprechungsänderungen nach dem Kontinuitätsprinzip .....	632
(1) Das Erfordernis eines Grundes für jede Rechtsprechungs- änderung .....	632
(2) Abwägung von Änderungsgrund und Änderungsausmaß .....	632
(3) Erhöhte Anforderungen an den Änderungsgrund bei weit zurückreichender und ständiger Rechtsprechung .....	633
(4) Bei Gleichgewicht der Gründe: in dubio pro continuitate .....	635
(5) Transparenzgebot .....	635
(6) Rechtsfolge judikativer Diskontinuität .....	635
4. Die Judikative als die kontinuierliche Gewalt .....	636
a) Rechtsfortbildung, angloamerikanisches Case-Law und Fallvergleich .....	637
b) Die rechtsprechende Gewalt der kleinen Schritte .....	639
c) Kontinuität durch Organisation .....	639
d) Richterprestige – aus Entscheidungskontinuität .....	640

## Ausblick

I. Wege der Umsetzung in der Praxis .....	641
II. Rechtskontinuität als Befriedung .....	644

## Zusammenfassung

I. Die Kontinuität in der geistesgeschichtlichen Entwicklung .....	647
II. Kontinuität im Rechtsdenken .....	649
III. Rechtskontinuität als Verfassungsgrundsatz .....	651
IV. Rechtskontinuität und Vertrauensschutz .....	661
V. Die gewaltenspezifischen Ausprägungen der Rechts- kontinuität – dargestellt am Beispiel des Steuerrechts .....	666
Literaturverzeichnis .....	671
Sachverzeichnis .....	721

# Abkürzungsverzeichnis

Hinsichtlich der Abkürzungen wird, soweit diese nicht nachfolgend erläutert werden, verwiesen auf Kirchner, H., Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Auflage, Berlin/New York 1993.

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
a.a.O.	am angegebenen Ort (unter Bezugnahme auf die jeweils vorhergehende Fußnote)
a.aen.Oen.	an angegebenen Orten
abgedr.	abgedruckt
Abl.	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
AEAO	Anwendungserlaß zur Abgabenordnung vom 24.9.1987, BStBl 1987 I, S. 664
AfA	Absetzung für Abnutzung
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften (Zeitschrift)
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch von 1811 (Österreich)
Alexy, Theorie der GR	Alexy, R., Theorie der Grundrechte, 3. Auflage, 1996
allg.	allgemein
Alternativkommentar, Bd. 1–2	Wassermann, R. (Hrsg.), Alternativkommentar zum Grundgesetz, Band 1 und 2, 2. Auflage, 1989
amtl.	amtlich
Anm.	Anmerkung
AnnDR	Annalen des Deutschen Rechts (Zeitschrift)
Anschütz, WRV	Anschütz, G., Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, 14. Auflage, 1933 (Nachdruck 1960)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
ArchPresseR	Archiv des Presserechts (Zeitschrift)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
Aschke, Übergangsregelungen	Aschke, M., Übergangsregelungen als verfassungsrechtliches Problem, 1987
ASSP	Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik (Zeitschrift)
ausf.	ausführlich
AVR	Archiv des Völkerrechts (Zeitschrift)
Badura, Methoden	Badura, P., Methoden der neueren Allgemeinen Staatslehre, 1959
Badura, StaatsR	Badura, P., Staatsrecht, 2. Auflage, 1996

BAG(E)	Bundesarbeitsgericht(-sentscheidungen)
Baldus, Einheit der Rechtsordnung	Baldus, M., Die Einheit der Rechtsordnung, 1995
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgeschichtshof
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
Bde.	Bände
BewG	Bewertungsgesetz
BFH(E)	Bundesfinanzhof(-sentscheidungen). Zitiert werden diese – zur Gewährleistung der Einheitlichkeit der Rechtsprechungsangaben (vgl. BVerfGE, BVerwGE, BSGE usw.) – soweit möglich nach der amtlichen Sammlung und nach BFH/NV, nicht nach BStBl
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (seit 1985)
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH(Z/St)	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen/in Strafsachen
Birk, Leistungsfähigkeitsprinzip	Birk, D., Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Maßstab der Steuernormen. Ein Beitrag zu den Grundlagen des Verhältnisses Steuerrecht und Verfassungsrecht, 1983
BK	Dolzer, R. (Gesamtherausgeber)/Vogel, Klaus (Mitherausgeber für Abschnitt X), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblatt, 1950 ff.
Blanke, Vertrauensschutz	Blanke, H.-J., Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht, 2000
Bleckmann, EuropaR	Bleckmann, A., Europarecht, 6. Auflage, 1997
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Bundsratsdrucksache
BSG(E)	Bundessozialgericht(-sentscheidungen)
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Burke, Betrachtungen	Burke, E., Betrachtungen über die französische Revolution, aus dem Englischen übertragen von Gentz, F., herausgegeben von Frank-Planitz, U., Zürich 1987
BVerfG(E)	Bundesverfassungsgericht(-sentscheidungen)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG(E)	Bundesverwaltungsgericht(-sentscheidungen)
bzw.	beziehungsweise
Calliess/Ruffert, EUV/EGV	Calliess, Chr./Ruffert, M. (Hrsg.), Kommentar des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft – EUV/EGV, 1999
Canaris, Systemdenken	Canaris, C.-W., Systemdenken und Systembegriff in der Jurisprudenz. Entwickelt am Beispiel des deutschen Privatrechts, 1969

Canaris, Vertrauenshaftung	Canaris, C.-W., Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht, 1971
chap.	chapitre
d.h.	das heißt
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
Degenhart, StaatsR	Degenhart, Chr., Staatsrecht. Band 1, Staatszielbestimmungen, Staatsorgane, Staatsfunktionen, 16. Auflage, 2000
Degenhart, Systembindung	Degenhart, Chr., Systembindung und Systemgerechtigkeit des Gesetzgebers als Gerechtigkeitspostulat, 1976
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (Zeitschrift, bis 1945)
DK	Diels, H. (Hrsg.), Die Fragmente der Vorsokratiker, übersetzt von Kranz, W., 16. Auflage, Dublin/Zürich 1972
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Dreier, GG, Bd. 1–2	Dreier, H. (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Band 1, 1996; Band 2, 1998
Drews/Wacke, Gefahrenabwehr	Drews, B./Wacke, G./Vogel, Klaus/Martens, W., Gefahrenabwehr, 9. Auflage, 1986
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Zeitschrift)
DSiJG	Tagungsbände der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft: Band 1. Tipke, K. (Hrsg.), Übertragung von Einkunftsquellen im Steuerrecht, 2. Auflage, 1979; Band 4. Ruppe, H.G. (Hrsg.), Gewinnrealisierung im Steuerrecht, 1981; Band 5. Tipke, K. (Hrsg.), Grenzen der Rechtsfortbildung durch Rechtsprechung und Verwaltungsvorschriften im Steuerrecht, 1982; Band 12. Friauf, K.H. (Hrsg.), Steuerrecht und Verfassungsrecht, 1989; Band 18. Trzaskalik, Chr. (Hrsg.), Der Rechtsschutz in Steuersachen, 1995; Band 19. Lehner, M. (Hrsg.), Steuerrecht im Europäischen Binnenmarkt, 1996; Band 23. Pelka, J. (Hrsg.), Europa- und verfassungsrechtliche Grenzen der Unternehmensbesteuerung, 2000
DSrR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DSiZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
DSiZ/A und B	Deutsche Steuer-Zeitung Ausgabe A und B (Zeitschrift)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitung (Zeitschrift)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EA	Europaarchiv (Zeitschrift)
ebda	ebenda
EFG	Sammlung der Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Europäische Gemeinschaft



Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Engisch, Einheit der Rechtsordnung	Engisch, K., Die Einheit der Rechtsordnung, 1935 (Nachdruck 1987)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990, BGBl 1990 II, S. 889.
EvStL, Bd. 1-2	Herzog, R./Kunst, H./Schlaich, K./Schneemelcher, W. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Band 1 und 2, 3. Auflage, 1987
f., ff.	folgend, fortfolgend
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Zeitschrift)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FG	Festgabe (zu Herausgeber und Titel siehe das Literaturverzeichnis)
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinArch	Finanzarchiv (Zeitschrift)
FN	Fußnote
FR	Finanzrundschau (bis 1990); Finanzrundschau für Einkommensteuer, mit Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer (seit 1991) (Zeitschrift)
Fr.	Fragment
FS	Festschrift (zu Herausgeber und Titel siehe das Literaturverzeichnis)
Geiger, Vorstudien	Geiger, Th., in: Reh binder, M. (Hrsg.), Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, 4. Auflage, 1992
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Grabitz/Hilf, EUV/EGV	Grabitz, E./Hilf, M. (Hrsg.), Kommentar zum EU- und EG-Vertrag. Maastrichter Fassung
Groeben/Thiesing/Ehlermann, EUV/EGV	von der Groeben, H./Thiesing, J./Ehlermann, C.-D. (Hrsg.), Kommentar zum EU-/EG-Vertrag, 5. Auflage, 1997-1999
GrS	Großer Senat
GS	Gedächtnisschrift (zu Herausgeber und Titel siehe das Literaturverzeichnis)
Hakenberg, Grundzüge	Hakenberg, W., Grundzüge des Europäischen Gemeinschaftsrechts, 2. Auflage, 2000
Hattenhauer, Grundlagen	Hattenhauer, H., Die geistesgeschichtlichen Grundlagen des deutschen Rechts, 4. Auflage, 1996
HdbDStR, Bd. 1-2	Anschütz, G./Thoma, R. (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Band 1, 1930, Band 2, 1932
HdbEU-WirtschR	Dausen, M. (Hrsg.), Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, 1997

HdbStKirchR, Bd. 1-2	Listl, J./Pirson, D. (Hrsg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Band 1, 1994; Band 2, 1995.
HdbStR, Bd. 1-9	Isensee, J./Kirchhof, P. (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, 2. Auflage, 1995; Band 2, 1987, Band 3, 2. Auflage, 1996, Band 4, 1990; Band 5, 1992, Band 6, 1989; Band 7, 1992, Band 8, 1995; Band 9, 1997
HdbVerfR	Benda, E./Maihofer, W./Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Berlin/New York 1994
Heller, Staatslehre	Heller, H., Staatslehre, 1934
Herdegen, EuroparE	Herdegen, M., Europarecht, 3. Auflage, 2001
Herzog, Staatslehre	Herzog, R., Allgemeine Staatslehre, 1971
Hesse, Grundzüge	Hesse, K., Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Auflage, 1995
HHSp, AO, FGO	Hübschmann, W./Hepp, E./Spitaler, A. (Hrsg.), Abgabenordnung. Finanzgerichtsordnung. Kommentar, Loseblatt
Hist.Jb.	Historisches Jahrbuch
Hlbbd.	Halbband
Hrsg.	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift (Zeitschrift)
Ipsen, VölkerR	Ipsen, K., Völkerrecht, 4. Auflage, 1999
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jarass/Pieroth, GG	Jarass, H.D./Pieroth, B. (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 5. Auflage, 2000
JbFSt	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
Jellinek, Staatslehre	Jellinek, G., Allgemeine Staatslehre, 3. Auflage, 1913 (Siebenter Neudruck 1960)
Jhdt.	Jahrhundert
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JRMA	Jus Romanum Medii Aevi (Zeitschrift)
JRP	Jahrbuch für Rechtspolitik (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kelsen, Reine Rechtslehre	Kelsen, H., Reine Rechtslehre. Einleitung in die rechtswissenschaftliche Problematik, 2. Auflage, Berlin/Wien 1960
Kelsen, Staatslehre	Kelsen, H., Allgemeine Staatslehre, 1925
Kirchhof/Söhn, EStG	Kirchhof, P./Söhn, H. (Hrsg.), Kommentar zum Einkommensteuergesetz. Loseblatt
KÖSDI	Kölner Steuerialog (Zeitschrift)
Kremser/Leisner, VerfR	Kremser, H./Leisner, A., Verfassungsrecht III. Staatsorganisationsrecht, 1999

Kriele, Einführung	Kriele, M., Einführung in die Staatslehre, 5. Auflage, 1994
KritJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
Krüger, Staatslehre	Krüger, Herbert, Allgemeine Staatslehre, 2. Auflage, 1966
Kunig, Rechtsstaatsprinzip	Kunig, Ph., Das Rechtsstaatsprinzip, 1986
KuR	Kultur und Recht (Zeitschrift)
Larenz, Methodenlehre	Larenz, K., Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 6. Auflage, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1983
Leisner, Leistungsfähigkeit	Leisner, A., Die Leistungsfähigkeit des Staates. Verfassungsrechtliche Grenze der Staatsleistungen?, 1998
Lerche, Übermaß	Lerche, P., Übermaß und Verfassungsrecht, 2. Auflage 1999
LG	Landgericht
LS	Leitsatz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Mainka, Vertrauensschutz	Mainka, J., Vertrauensschutz im öffentlichen Recht, 1963
Maunz/Dürig, GG	Maunz, Th./Dürig, G./Herzog, R./Scholz, R./Lerche, P./Papier, H.-J./Randelzhofer, A./Schmidt-Aßmann, E. (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Loseblatt, 1958 ff.
Maunz/Zippelius, StaatsR	Maunz, Th./Zippelius, R., Deutsches Staatsrecht, 30. Auflage, 1998
Maurer, StaatsR	Maurer, H., Staatsrecht, 2. Auflage, 2001
Maurer, VerwR	Maurer, H., Allgemeines Verwaltungsrecht, 13. Auflage, 2000
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
Mitteis/Lieberich, Dt. RG	Mitteis, H./Lieberich, H., Deutsche Rechtsgeschichte, 19. Auflage, 1992
Muckel, Kriterien	Muckel, St., Kriterien verfassungsrechtlichen Vertrauensschutzes bei Gesetzesänderungen, 1989
n.F.	neue Fassung
N.F.	Neue Folge
Nachdr.	Nachdruck
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
o.	oben
Oppermann, EuropaR	Oppermann, Th., Europarecht, 2. Auflage, 1999
Ossenbühl, StaatshaftR	Ossenbühl, F., Staatshaftungsrecht, 5. Auflage, 1998
OVG(E)	Oberverwaltungsgericht(-entscheidungen)
Palandt, BGB	Palandt, O., Bürgerliches Gesetzbuch (bearbeitet von Bassenge, P. u.a.), 60. Auflage, 2001

Parl. Rat	Parlamentarischer Rat
Peine, Systemgerechtigkeit	Peine, F.-L., Systemgerechtigkeit, 1985
Pieroth, Rückwirkung	Pieroth, B., Rückwirkung und Übergangsrecht, 1981
Pieroth/Schlink, GRe	Pieroth, B./Schlink, B., Grundrechte – Staatsrecht. Band 2, 17. Auflage, 2001
PrALR	Preußisches Allgemeines Landrecht
Preuß.	Preußisch
RAO	Reichsabgabenordnung
Rengeling, Grundrechtsschutz	Rengeling, W., Grundrechtsschutz in der Europäischen Gemeinschaft, 1993
RFH(E)	Reichsfinanzhof(-sentscheidungen)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RVBl	Reichsverwaltungsblatt (Zeitschrift)
s.	siehe
Sachs, GG	Sachs, M. (Hrsg.), Grundgesetz, 2. Auflage, 1999
Schlaich/Koriath, Bundesverfassungsgericht	Schlaich, K./Koriath, St., Das Bundesverfassungsgericht. Stellung, Verfahren, Entscheidungen, 5. Auflage, 2001
Schlosser, Grundzüge	Schlosser, H., Grundzüge der Neueren Privatrechtsgeschichte, 8. Auflage, 1996
Schmidt-Bleibtreu/Klein, GG	Schmidt-Bleibtreu, B./Klein, Franz, Kommentar zum Grundgesetz, 9. Auflage, 1999
Schmitt, Verfassungslehre	Schmitt, Carl, Verfassungslehre, 1928
Schweitzer/Hummer, EuropaR	Schweitzer, M./Hummer, W., Europarecht, 5. Auflage, 1996
SchwZStr	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
StGB	Sozialgesetzbuch
StGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
StGG	Sozialgerichtsgesetz
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung (Zeitschrift)
Slg.	Sammlung
Smend, Verfassung	Smend, R., Verfassung und Verfassungsrecht, 1928, in: ders., Staatsrechtliche Abhandlungen, 2. Auflage, 1968, S. 119
Sobota, Das Prinzip Rechtsstaat	Sobota, K., Das Prinzip Rechtsstaat, 1997
Sp.	Spalte
StÄndG	Steueränderungsgesetz
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
StbKongrRep	Steuerberaterkongreß-Report (Jahrbuch, seit 1977; bis 1976 Steuerkongreß-Report, s.u.)
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung (Zeitschrift)
Stern, StaatsR, Bd. 1, 2, III 1-2	Stern, K., Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, 2. Auflage, 1984; Band 2, 1980; Band III/1, III/2 unter Mitwirkung von Sachs, M., 1988 bzw. 1994
StGB	Strafgesetzbuch
Stich, Vertrauensschutz	Stich, R.F., Vertrauensschutz im Verwaltungsrecht, Diss. Mainz, 1954

StKongrR	Steuerkongress-Report (Jahrbuch, bis 1976; seit 1977 Steuerberaterkongress-Report, siehe oben)
str.	strittig
StStud	Steuer und Studium (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
StVj	Steuerliche Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZGerm; SZRom; SZKan	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte: Germanistische, Romanistische, Kanonistische Abteilung
Tipke, StRO, Bd. 1–3	Tipke, K., Die Steuerrechtsordnung, Band 1, 2. Auflage 2000, Band 2–3, 1993
Tipke/Kruse, AO. FGO	Tipke, K./Kruse, H.W. (Hrsg.), Abgabenordnung. Finanzgerichtsordnung. Loseblatt
Tipke/Lang, StR	Tipke, K./Lang, J., Steuerrecht, 16. Auflage, 1999
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
u.	Und, unten
u.a.	und andere, unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UmwG	Umwandlungsgesetz
verb.	verbunden
VersR	Versicherungsrecht. Juristische Rundschau für die Individualversicherung (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
von Mangoldt/Klein/Starck, GG	von Mangoldt, H./Klein, F./Starck, Chr. (Hrsg.), Bonner Grundgesetz. Kommentar. Band 1, 4. Auflage, 1999
von Münch/Kunig, GG, Bd. 1-3	von Münch, I./Kunig, Ph. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar. Band 1, 5. Auflage, 2000; Band 2, 3. Auflage, 1995; Band 3, 3. Auflage, 1996
Vorb.	Vorbemerkung
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Zeitschrift)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Weber-Dürler, Vertrauensschutz	Weber-Dürler, B., Vertrauensschutz im öffentlichen Recht, Basel und Frankfurt am Main 1983
Wolff/Bachof/Stober, VerwR I	Wolff, H.J./Bachof, O./Stober, R., Verwaltungsrecht I, 11. Auflage, 1999
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht (Zeitschrift)
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht (Zeitschrift)

ZfP	Zeitschrift für Politik (Zeitschrift)
ZGes	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zeitschrift)
ZG	Zollgesetz
ZgesStW	Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften (Zeitschrift, bis 1945)
Zippelius, Rechtsphilosophie	Zippelius, R., Rechtsphilosophie, 3. Auflage, 1994
Zippelius, Staatslehre	Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre, 13. Auflage, 1999
zit.	zitiert
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht (Zeitschrift)
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform (Zeitschrift)
zutr.	zutreffend
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (Zeitschrift)



# Einführung

Die folgende Untersuchung stellt sich die Aufgabe, die Existenz eines Rechtsprinzips der Kontinuität zu begründen und seine Wirkungsweise darzutun. Versucht wird die Entwicklung einer *Dogmatik der rechtlichen Kontinuität* sowie eine Darstellung ihrer *praktischen Anwendungsmöglichkeiten*. Gegenstand der Untersuchung ist dabei die rechtliche Ordnung der Abfolge von Rechtslagen im Sinne einer gewissen Verstetigung der dem Recht wesentlichen Veränderungsdynamik. Kontinuität bedeutet nicht einfach Zementierung oder Konservierung von Rechtslagen, sondern deren Wandel in Beständigkeit.

## I. Eine rechtsgrundsätzliche Aufgabe

Die folgenden Kapitel sollen sich nicht darauf beschränken, einzelne rechtliche oder außerrechtliche Erscheinungen eines derart stetigen Wandels aufzuzeigen. Ihr Ziel ist vielmehr der Nachweis, daß es einen im Kern einheitlichen Rechtsgrundsatz der Kontinuität bereits heute gibt, der allerdings inhaltlich zu präzisieren ist. Das Bemühen ist daher ein rechtsdogmatisches, denn sein Gegenstand ist eine *Rechtsnorm*, nicht eine moralische Verhaltensmaxime, eine soziologische Gesetzmäßigkeit und auch nicht eine rechtspolitische Forderung oder ein Verfassungsprogramm. Kontinuität im hier behandelten Sinn ist schließlich nicht zu verstehen als eine Staatszielbestimmung im Sinne einer Optimierungsdirektive auf einen Zustand hin, dem künftige Rechtsentwicklung möglichst nahe kommen sollte. Im vorliegenden Zusammenhang geht es vielmehr darum, die notwendige Beständigkeit als einen Rechtssatz zu erweisen, der bestimmte Verhaltensweisen von Staatsorganen (noch) gestattet, andere (bereits) verbietet, soweit sie eben diskontinuierliche Rechtswirkungen zeitigen. Der in diesem Sinn dogmatische Kern der Untersuchung liegt dementsprechend in einer Darstellung der *Voraussetzungen* und sodann der *Rechtsfolgen* der Kontinuität als eines Rechtsprinzips. Gefragt ist dabei auch der Nachweis einer grundsätzlich einheitlichen Wirkungsweise dieser Rechtsnorm in den Aktionsräumen aller staatlichen Gewalten.



## II. Neuland

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird das Wort „Kontinuität“ heute zwar laufend und sogar zunehmend häufig verwendet, wohl in Kompensationsstreben gegenüber wachsender Verunsicherung durch unvorhersehbar „große Sprünge“ einer immer rascheren, wissenschaftlich-technischen oder ökonomischen Entwicklung. Gerade in den rechtsnahen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Geschehens kommt damit eine verbreitete Wunschvorstellung zum Ausdruck. Im Sinne einer Absage an abrupte Wandlungen ist Kontinuität ein weithin konsensgetragener Begriff, vorausgesetzt, er schließt eine Dynamik nicht aus, welche man heute aber ebenfalls als eine überschaubare wünscht. Aus diesen im weiteren Sinne „politischen“ Räumen findet das Wort – noch nicht ein Begriff – Kontinuität immer mehr Eingang auch in rechtliche Zusammenhänge, meist allerdings ohne normativen Anspruch, in einer vielmehr deskriptiven Funktion. Die Anwendungsbereiche erscheinen weithin zufällig, die Verwendungsformen disparat. Feste oder auch nur als greifbar gewollte Inhalte sucht man vergeblich; dies gilt jedenfalls für den bisherigen juristischen Sprachgebrauch, der eher Wünsche formuliert.

Eine *rechtliche Dogmatik* der Kontinuität gibt es bislang nicht einmal in Ansätzen, nirgends findet sich eine systematische, vertiefende Befassung mit einem derartigen Rechtsbegriff. In unterschiedlichen Zusammenhängen zeigt sich allerdings nicht selten, daß diese Situation von Rechtsprechung und Schrifttum nicht als Notwendigkeit, sondern eher als Lücke empfunden wird. Im vorliegenden Zusammenhang bedingt sie jedenfalls die Unmöglichkeit, von einem bereits erreichten *Forschungsstand* zu sprechen, oder einen solchen gar näher zu beschreiben. Ebenso wenig können die nicht wenigen, aber eben meist disparaten Äußerungen zur rechtlichen Kontinuität, wie es gemeinhin wissenschaftlicher Gepflogenheit entsprechen mag, bereits am Eingang der Untersuchung dargestellt und gewürdigt werden; dies erfordert vielmehr ein besonderes Kapitel (B), damit nicht vorschnell verkürzt werde, was trotz seiner Heterogenität, vielleicht gerade in ihr, die Überlegungen zu fördern vermag.

## III. Eine öffentlich-rechtliche, verfassungsrechtliche Untersuchung zum nationalen Recht

Kontinuitätswahrung dient letztlich der *Rechtssicherheit*, einem herkömmlichen Thema der Allgemeinen Rechtslehre. Hier soll sie jedoch als Problem des *öffentlichen Rechts* behandelt werden. Historische Betrachtung wird Akzentuierungen zeigen, die mehr der Verfassungsgeschichte als der allgemeinen Rechtsgeschichte eigentümlich sind; und die Befassung mit rechtstheoreti-

schen Bemühungen betrifft insbesondere Fragestellungen der Allgemeinen Staatslehre, die sich hier als publizistische Seite der Rechtstheorie erweist. Vor allem aber führt ihr Gegenstand die Untersuchung in Traditionen und gegenwärtige Dogmatik des öffentlichen Rechts.

Kontinuität ist im *internationalen öffentlichen Recht* eine bekannte und unter verschiedenen Aspekten behandelte Kategorie. Im Vordergrund steht dabei die Kontinuität bei völkerrechtlichen Rechtssubjekten, insbesondere von staatlichen Ordnungen als Voraussetzung der fortdauernden Rechtssubjektivität. Diese wie andere völkerrechtliche Probleme, etwa die Kontinuität im Bereich des Völkergewohnheitsrechts, sind nicht Gegenstand der vorliegenden Betrachtungen. Diese beschränken sich vielmehr auf das innerstaatliche Recht, nunmehr erweitert um gemeinschaftsrechtliche Bezüge des Europarechts.

Auf der Ebene des nationalen Rechts kann Kontinuität nur als ein Verfassungsgrundsatz gedacht werden, zu erfassen ist es aus der öffentlich-rechtlichen Dogmengeschichte und Dogmatik des Verfassungsrechts: Untersuchungsgegenstand der Kontinuität ist in erster Linie die Abfolge von Rechtslagen, die normgeprägt sind. In einem weiteren Sinn beschäftigen sich also Betrachtungen zur Kontinuität mit Gegenständen einer Gesetzgebungslehre; sie aber ist eine Materie des öffentlichen Rechts und in einem Verfassungsbereich zu verorten, dessen staatsorganisationsrechtlichen Kern heute die Regelungen des Gesetzgebungsverfahrens darstellen. Nur von der Ebene der Verfassung aus kann Kontinuität mit gleichmäßiger Allgemeinheit auf alle Staatsgewalten wirken, Rechtslagen prägen und verändern. An die Verfassung allein sind jene allesamt rechtlich gebunden, sie regelt ihre organisatorischen Strukturen wie die Wirkungsweise ihrer Entscheidungen, und eben darum geht es bei den Normeffekten der Kontinuität. Dies schließt bereichsspezifische Besonderheiten einer Gewalt, etwa der Gerichtsbarkeit, nicht aus; doch auch und gerade sie ergeben sich aus dem Verfassungsrecht, setzen wiederum die verfassungsrechtliche Dimension einer Kontinuitätsbetrachtung voraus. Und daß wichtige Ausprägungen solcher Verstetigung auch das Staat-Bürger-Verhältnis betreffen, nicht nur die Beziehungen der Staatsgewalten zueinander, ist heute gerade ein Wesenszug verfassungsrechtlicher Normwirkung.

Das Verfassungsrecht ist *sedes materiae* eines Rechtsgrundsatzes der Kontinuität aber vor allem deshalb, weil es bei ihm um die Stabilität nicht nur des Rechts geht, sondern zugleich der staatlichen Ordnung. Sie zu gewährleisten ist nach dem modernen Verständnis des Verfassungsstaates aber die wichtigste Funktion der Verfassung. In diesem Sinn ist dies ein neues und zentrales Kapitel einer *Staatsaufgabenlehre*, in dem es nicht mehr nur um die Erfüllung einzelner hoheitlicher Funktionen geht, sondern um ein übergreifendes Prinzip für alle Tätigkeiten, mit denen der Staat seine gemeinschaftsstabilisierenden Aufgaben wahrnimmt. Ein Gebot der Kontinuität als Norm ist also im öffent-

lichen Recht zu entwickeln, und auch ihre Rechtswirkungen entfalten sich wesentlich in dessen Formen: in Verfassungs-, Verwaltungs-, Steuer- und Sozialgerichtsbarkeit vor allem. Schließlich muß eine Dogmatik der Kontinuität den Blick auch der europarechtlichen Entwicklung öffnen. Deren Befürworter wollen sie gerade als einen kontinuierlichen Prozeß, Skeptiker sehen in ihr schwerwiegende Diskontinuitätsgefahren. Auf grundsätzlich-politischer Ebene ist hier aber, ebenso wie in manchen Ansätzen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zugleich ein deutliches Bemühen um rechtliche Verfestigung erkennbar – mit Wirkungen auch auf das deutsche Verfassungsrecht.

#### IV. Die Antithese: Diskontinuität des Rechts, gerade in der Demokratie

Die Problematik der Kontinuität würde bedenklich verflacht, verlören die folgenden Überlegungen die *Gegenposition* der *wesentlichen Veränderlichkeit aller Rechtslagen* aus dem Blick. Die Regel des Primats der *lex posterior* ist rechtsgrundsätzlich unangefochten; vielfach heißt es allgemein, niemand dürfe sich auf das Fortbestehen normativer Zustände verlassen. Damit scheint die Fragestellung auf die eines Fortbestands gewisser verfestigter Rechtslagen beschränkt, das eigentliche Problem der Kontinuität durch die „Permanenz des Erworbenen“ umgangen.

Die Staatsform der *Demokratie* begünstigt solches Denken, und sie verleiht ihm offenbar noch neue Begründungskraft. Sind nicht die Normen, das demokratische Recht überhaupt, grundsätzlich und vollständig veränderbar zu jedem Zeitpunkt, schon als Ausdruck des „Allgemeinen Willens“ des Volkssouveräns? Äußert sich dieser nicht gerade in seinen laufend und tiefgreifend verändernden Wirkungen auf alle Rechtslagen, die eben nicht als bereits verfestigt anzusehen sind, kann es ein Rechtsphänomen Kontinuität in der Demokratie überhaupt geben? Solche Überlegungen wenden sich gegen Erscheinungen einer Zementierung des Rechts durch die Verfassung, wider allzu weit gehende Beschränkungen der Gestaltungsfreiheit eines Gesetzgebers, der sich dann aber, so scheint es doch, einer Regel der Kontinuität erst recht nicht soll beugen müssen. Unbestreitbar hat diese Gegenposition gute und grundsätzliche Argumente für sich; Kontinuität muß stets in einer Spannung zur Wirkung der *lex posterior*, zum Demokratiegebot, letztlich zur Entwicklungsoffenheit einer Verfassung gesehen werden, auf deren Ebene sie als Prinzip angesiedelt werden soll. Aus dieser Antithetik gewinnt die hier zu erörternde Problematik erst die notwendige Vertiefung (C VII).

Die Betrachtung der Kontinuität wird sich aber doch nicht als einer jener Holzwege erweisen, die zu keinerlei Ergebnis führen können: Kontinuität

will gerade nicht die verfassungsrechtliche Betrachtung verengen auf „Permanenz wohlervorbener Rechte“ – damit würde sie sich selbst eliminieren. Ihr geht es vielmehr um *Beständigkeit im Wandel*, um Dosierung beider Elementreihen. Sie wird hier verstanden als eine *Synthese* über der These einer Statik gesicherter Rechtspositionen und der Antithese einer Dynamik totaler Veränderung. Ob eine solche Zusammenschau in dem Rahmen gelingt, in welchem sie hier versucht wird, mag diskutabel bleiben; ein Ziel der Betrachtungen ist schon erreicht, wenn klar wird, daß es eine derartige Synthese geben muß, und daß der Weg zu ihr nur in diese Richtung führen kann.

## V. Dogmengeschichtliche Dimension

Ist rechtswissenschaftliche Untersuchung heute ganz allgemein kaum mehr vorstellbar ohne entsprechende Erweiterung in dogmengeschichtliche Dimension, so gilt dies in besonderem Maße für Bemühungen um die Entfaltung einer Dogmatik der Kontinuität. Hier gibt es noch keine allgemein anerkannte Rechtslehre, welche auf eine Betrachtung der Geschichte schon deshalb verzichten könnte, weil sie mit ihr im wesentlichen abgeschlossen wäre. Daher muß erst einmal eine gewisse auch rechtliche Konsistenz des Begriffs der Kontinuität aufgezeigt werden, bevor aus diesem einzelne normative Folgerungen abgeleitet werden können. Dies aber erfordert ein weiteres Ausgreifen, als es Schlüsse aus gegenwärtigem Recht allein ermöglichen könnten: *Historische Rückschau* tut Not, zugleich aber ein *Blick in die Zukunft*, in einer Entwicklungsbetrachtung, wie sie eben die Eigenart der Dogmengeschichte ausmacht.

Für einen Grundsatz, bei dem es um Stetigkeit der Rechtslagenentwicklung geht, wird dies schon durch den Gegenstand der Betrachtung vorgegeben: Kontinuität ist wesentlich „*Recht in Zeitdimension*“, weshalb sie denn auch gerade in ihren historischen Tiefen auszuleuchten ist. Da jede Kontinuitätsprüfung die „kleine Geschichte einer Rechtslage“ enthält, indem jeweils zu fragen ist, wie weit man auf der Zeitachse zurückzublicken hat, muß auch die Kontinuitätsbetrachtung insgesamt eingebaut werden in die allgemeinere geschichtliche Entwicklung. Andererseits muß die dogmatische Erfassung eines Kontinuitätsbegriffs, in dem das Werden zur Norm wird, notwendig in Entwicklungsoffenheit erfolgen: Kontinuität ist auf Fortsetzung gerichtet, wird damit selbst Teil einer „Dogmengeschichte im Lauf“, aus der heraus sie daher auch zu entfalten ist (A III).

## VI. Die Bedeutung der allgemeinen Geistesgeschichte

Als auf Dogmatik hin orientierte Forschung weist jede Dogmengeschichte eine gewisse normative Verengung auf. Die vorliegende Fragestellung verlangt jedoch eine *Erweiterung der Betrachtung*: Der hohe Rang eines Rechtswerts der rechtlichen Kontinuität ist rein rechtsimmanent nicht begründbar; hierfür weist dieser Begriff, wie immer verstanden, noch keinen hinreichenden rechtlichen Gehalt auf. Daher sind die Überlegungen zu beginnen in einer Erweiterung der Dogmengeschichte zur Geistesgeschichte hin, zu deren Zentrum vor allem – der Philosophie. So setzt denn die Untersuchung – wenn auch in gebotener Kürze und kaum zu vermeidender Eklektik – ein mit der Darstellung des geistigen Bemühens um die Erfassung der Kontinuität seit dem Altertum (A II). Allein schon die grundlegenden Ausführungen des *Aristoteles*, eines Klassikers zu diesem Thema wie in der Entwicklung von Staatslehre und Staatsformen überhaupt, zeigen, daß sich die Betrachtung damit nicht von ihrem gegenwartsbezogenen, normativen Gegenstand entfernt. Die Kontinuitätsfrage wird sich als einer der Mittelpunkte einer *Geistesgeschichte* erweisen, die sich um sie derart intensiv Gedanken gemacht hat, daß hieran auch das Recht nicht wird vorbeigehen können. Allerdings dürfte eine derartige Betrachtung kaum Ergebnisse zeitigen, die sich in rechtliche Dogmatik einfach übertragen ließen: Die weithin erkenntnisorientierten Fragestellungen der Philosophie mögen zwar auch zu rechtsethischen Handlungsmaximen führen, sie weisen aber keine normative Bindungskraft im Rechtssinne auf. Anschließen muß sich daher an solche Ansätze eine rechtsdogmatische Behandlung, die Kategorien und Inhalte aus der Geistesgeschichte nicht einfach transportiert, sondern transformiert in einen Rechtsgrundsatz der Kontinuität.

## VII. Induktive Methode

Wer bei der Suche nach dogmatischen Grundlagen einer rechtlichen Kontinuität in Rechtsprechung und Schrifttum nicht mehr findet als Ansätze und rechtspolitische Forderungen, läuft Gefahr, Lösungen deduktiv gewinnen zu wollen. So zeigen denn auch bisherige Äußerungen immer wieder die Tendenz, aus der Rechtsstaatlichkeit oder einem allgemeinen Freiheitsverständnis der Grundrechte unmittelbar zur Kontinuität vorzudringen.

Hier wird dagegen ein prinzipiell anderer Weg eingeschlagen: der einer *vorsichtigen Induktion*, wie er verfassungsrechtlicher Betrachtung ja auch seit langem vertraut ist – aus der Entfaltung allgemeiner Grundsätze zur Dogmatik der Freiheitsrechte und aus der Ausfüllung der Staatsformbestimmungen des Grundgesetzes, mit immerhin einigem greifbaren Inhalt. Gewiß darf sol-

che Induktion nicht der Versuchung erliegen, verfassungsrechtliche Inhalte aus Entwicklungen einfachen Gesetzesrechts ableiten zu wollen. Es sind vielmehr, gerade umgekehrt, die unterverfassungsrechtlich bestimmten Normlagen Regulationsgegenstand eines Verfassungsgrundsatzes der Kontinuität, der sich daher nicht wiederum aus jenen gewinnen läßt.

Die hier verfolgte Induktion muß also auf höherer Ebene ansetzen, in einem dreifachen Sinn: in einer Betrachtung, die ihre Ergebnisse in einer philosophisch-geistesgeschichtlichen, von politischen Entwicklungen abstrahierenden Weise gewinnt – man mag dies philosophische Induktion nennen (A II), unter dem Blickwinkel der Abfolge politischer Verfassungssituationen – in einer Art von erweiternder verfassungsgeschichtlicher Induktion (A III), schließlich und vor allem in der Form der geläufigen verfassungsdogmatischen Induktion, die aus grundrechtlichen und staatsorganisatorischen Ansätzen, insbesondere Grundrechtsinhalten und Elementen des Rechtsstaatsprinzips, gewissermaßen „hochrechnet“ zu einem Rechtsprinzip der Kontinuität (C).

## VIII. Vertrauensschutz und Kontinuität

Gerade die verfassungsdogmatische Induktion führt zu einem Begriff, den juristische Betrachtung wohl in erster Linie mit der Kontinuität verbindet: dem *Vertrauensschutz* (D), einem Rechtsgrundsatz, dem in den letzten Jahrzehnten, anders als der Kontinuität, außerordentliche rechtliche Fortune beschieden war. Wurde der Begriff „Vertrauen“ in Lehre und Rechtsprechung lange Zeit eher beiläufig erwähnt – wenn auch immerhin konkreter angesprochen als „Kontinuität“ – so gibt es inzwischen kaum mehr ein Rechtsgebiet, in dem dieses Vertrauen nicht rechtliche Schutzwirkungen entfalten würde, fast keine grundsätzliche Rechtsfrage, bei deren Behandlung es nicht zu prüfen wäre. Damit läßt sich bereits von einer „Vertrauensdogmatik“ sprechen, in dem Sinn jedenfalls, daß die Rechtsnormqualität dieses Grundsatzes anerkannt, und seine Wirkungsweise auf alle Rechtsmaterien erstreckt worden ist. Systematische Behandlungen fehlen nicht, mögen sich auch viele Untersuchungen vor allem auf beschreibende Darstellungen beschränken.

Nicht zuletzt in dieser Entwicklung ist wohl auch der Grund für eine eher stiefmütterliche Behandlung des Themas Kontinuität zu sehen. Weithin mochte es scheinen, als sei den rechtlichen Bedürfnissen nach Gewährleistung einer gewissen Stetigkeit mit dem Vertrauensschutz ausreichend entsprochen und dabei zugleich ihre prozessuale Befriedigung gesichert. Dennoch muß festgestellt werden, daß hierdurch das Problem der Kontinuität noch nicht hinreichend geklärt ist. Denn diese befaßt sich mit der objektiv zu betrachtenden Abfolge von Rechtslagen in der Zeit, die aber gerade nicht den Unter-

suchungsgegenstand des Vertrauensschutzes bildet. Diesem geht es um den individuellen Schutz, welchen einzelne Bürger aufgrund eines konkreten Verhaltens verdienen.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß das Recht des Vertrauensschutzes für die vorliegende Untersuchung ohne Bedeutung wäre, sondern nur, daß eine Dogmatik des Rechtsprinzips Kontinuität nicht einfach aus einer solchen des Vertrauensschutzes entwickelt werden kann; man hat sie vielmehr zunächst für sich selbst zu erfassen. Hierbei ist es indes gelegentlich erforderlich, auch solche Elemente heranzuziehen, die im Zusammenhang mit dem Vertrauensschutz erkannt worden, dort aber bisher in einer unklaren Gemengelage mit Norminhalten des Verhaltens der Betroffenen geblieben sind.

## IX. Verdeutlichung im Steuerrecht

Bei allem Induktionsbemühen kann eine Dogmatik der Kontinuität jedoch nicht aus einem einzelnen Rechtsgebiet heraus entfaltet werden, wie sie ja auch Geltung nicht für eine Materie allein beansprucht. Beispiele wie inhaltliche Ansatzpunkte werden daher aus ganz *unterschiedlichen Bereichen* gewählt, immer mit Blick auf das die gesamte Rechtsordnung durchdringende Verfassungsrecht.

Von besonderer Bedeutung ist hier nun aber das *Steuerrecht* (E). Nirgends wohl ist die kritische Diskussion um Unbeständigkeit und Richtungslosigkeit des Rechts in den vergangenen Jahrzehnten intensiver geführt worden als über die Steuergesetzgebung: Verunsichert werden hier nicht nur die Bürger, sondern auch die normanwendende Verwaltung und die Gerichtsbarkeit durch ständige, oftmals tiefgreifende Änderungen der Norm- und insoweit auch der Rechtslagen. Mit den Jahressteuergesetzen entsteht geradezu ein Automatismus einer Dynamik von hoher Frequenz; und sie hat keineswegs durchgehend zu einer Verstetigung im Steuerrecht geführt, sondern in vielen Bereichen zu dauernden Schwankungen, ja Gegenläufigkeiten, mit denen kurz vorher eingeführte Reformen rückgängig gemacht und sogar Gesamt Tendenzen in Gegenrichtungen umgelenkt werden sollten. Ein viel beklagtes Hin und Her hat damit gerade in eine Materie einen bisher anderswo kaum festzustellenden Verlust von Rechtssicherheit gebracht, in der die Bürger, die Wirtschaft vor allem, für ihre immer größeren und zunehmend risikoreichen Investitionen eine Stetigkeit der Belastungsentwicklung brauchen und in erster Linie vom Recht erwarten. Gefordert wird eine solche nicht zuletzt auch von den Gewerkschaften, die rechtliche Beständigkeit zur Sicherung der Arbeitsplätze verlangen.

Als eine dem Steuerrecht verwandte Materie erweist sich hier das *Sozialversicherungsrecht*, wie seine Belastungen denn auch bei Tarifverhandlungen

mit den abgabenrechtlichen zusammen diskutiert werden. So zeigt sich dort in vielem eine analoge Entwicklung zu der des Steuerrechts – und die gleiche drängende Notwendigkeit einer Verstetigung. Hier ist auch bereits die grundsätzliche Frage gestellt, ob ein neues Sicherungssystem in Kontinuität verbunden werden kann mit dem, was über Jahrzehnte hinweg etwas wie eine Staatsgrundlage geworden ist, eine Form von materiellem Verfassungsrecht: die zentralen Sicherungsmechanismen der Sozialstaatlichkeit.

Schließlich belegen die immer intensivere Diskussion um die Unübersichtlichkeit des deutschen Steuerrechts, die seit Jahrzehnten vorgetragenen Forderungen nach seiner *Vereinfachung*, überdeutlich einen Ordnungsbedarf, der nicht durch revolutionierend wirkende Einschnitte befriedigt werden kann, welche die Staatsfinanzen wie die soziale Ausgewogenheit gefährden würden. Zu leisten ist aber vieles an Vereinfachung und Klärung schon durch eine Verstetigung, welche das Unübersichtliche auch verständlicher werden läßt, es den Betroffenen wie der Verwaltung ermöglicht, sich auf ein Belastungssystem einzustellen, das sich nicht allzu tiefgreifend, allzu rasch verändert. Auch in diesem Sinn ist Kontinuität heute ein Grundanliegen gerade des Steuerrechts, hier kann ein Beitrag zu seiner nicht spektakulären, wohl aber wirksamen Vereinfachung geleistet werden. Nicht nur mit politischen Forderungen, sondern vor allem mit rechtsdogmatischen Instrumentarien ist der übersteigerten Dynamisierung im Finanzbereich entgegenzuwirken.

Damit bildet das Steuerrecht einen praktischen Schwerpunkt, in dem sich die Dogmatik der Rechtskontinuität bewähren muß. Andererseits wird diese Teilrechtsordnung hier aber nicht als Referenzgebiet in dem Sinne verstanden, daß sich alle Beispiele nur auf diesen Bereich bezögen, und ein Grundsatz der Kontinuität nur für diesen entwickelt würde. Vielmehr ist das Steuerrecht zu begreifen als eine Verdeutlichungs-, eine „*Explikationsmaterie*“, an deren Problemlagen sich Möglichkeiten, aber auch Grenzen der Wirksamkeit eines derartigen Rechtsprinzips besonders eindrücklich aufzeigen lassen.

## X. Nur ein Anfang

Angesichts der zahlreichen, grundsätzlichen Probleme, die das Thema aufwirft, sowie der überaus weitreichenden Folgen vorstellbarer Lösungen, ist es keine *captatio benevolentiae*, wenn sich diese Untersuchung nur als ein bescheidener Anfang versteht. Um eine erste dogmatische Annäherung an ein Rechtsprinzip geht es, das hier zuallererst in seinen Grundlagen zu entfalten ist – und immerhin in manchen Möglichkeiten, einzelne Ausprägungen in naher Zukunft zu vertiefen.

Das Ziel der Untersuchung ist denn auch erreicht, wenn ein Dreifaches erkannt wird:



- Im gegenwärtigen Zustand des öffentlichen Rechts liegt es nahe, und es ist angesichts der allgemeinen geistesgeschichtlichen und politischen Entwicklung auch an der Zeit, über ein *Rechtssprinzip der Kontinuität* nachzudenken.
- Für eine Dogmatik der Kontinuität lassen sich allgemeine sowie bis ins einzelne gehende *begriffliche Kategorien* entwickeln, über die ein Prinzip der Kontinuität rechtlich wirksam werden kann.
- Eine derartige Strukturierung der Kontinuität vermittelt zugleich vertiefende Einblicke in wichtige Problembereiche von Grundrechten und Rechtsstaatsprinzip; damit wird sie zu einem Beitrag zu *Grundproblemen der Verfassungsdogmatik*.

Fragen, wie sie im folgenden gestellt werden, mögen später anders oder gar nicht beantwortet werden; auch darin kann dieser Versuch von klärender Bedeutung sein. Mehr soll letztlich nicht erreicht werden als dies: Wenn schon nicht überall in Kontinuität vorgegangen wird, so sollte doch nicht mehr an ihr vorbeigegangen werden. Auf diesem Weg wird nun die Untersuchung mit dem scheinbar Einfachsten beginnen: Was versteht man eigentlich unter *Kontinuität*?

# Sachverzeichnis

- Abfallwirtschaft, Recht der 231  
Abgeordnete 392  
Abwägung 121, 124 f., 171, 175, 218 f., 248, 256  
– bei Änderung der Rechtsprechung 632 f.  
– Gesetzesänderungen 210  
– und Gleichheit 218 f.  
– und Rückwirkung 481 f.  
– bei Aufhebung von Verwaltungsakten 527  
Acquis communautaire 438 f.  
Äquivalenzprinzip 557 f.  
Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch 69  
Allgemeines Landrecht, Preußisches 53, 67 ff., 289, 477 f.  
Allgemeine Rechtslehre 2  
Allgemeiner Wille 4, 72  
Altvedische Hymnen 20  
Amerikanische Revolution 70 ff.  
Amnestie 205  
Amt, kirchliches 279  
Arbeit und Eigentum 289  
Arbeitsplätze, Sicherung der 8, 296 f.  
Aristokratie 52, 64 f.  
Atomrecht 414  
Aufenthalt 380 f.  
Aufklärung 66 ff., 71  
Augsburger Religionsfrieden 66  
Auskünfte einer Behörde 516, 518, 521  
Ausländerrecht 162  
Auslegung 19  
– historische 122, 126, 227  
– objektive 227, 626  
– richterliche 538  
– verfassungskonforme 432  
– durch Verwaltungsvorschriften 592 ff.  
Abwägung, wertende 426  
Ausnahmезustand 146  
Ausreisefreiheit 266  
Ausschüsse 392  
Außenpolitik 13  
Bagatellvorbehalt 500 f.  
Baukindergeld 572  
Bauleitplanung 309 f.  
Baurecht 303 ff.  
Beamtenbezüge 503  
– siehe auch Alimentation  
Beamtenrecht 323  
– siehe auch Vertrauensschutz  
Beamtentum 82, 87, 314 f.  
– Alimentation 340 ff., 344 ff.  
– Dienstrechtsreform 341  
– hergebrachte Grundsätze 342 f.  
– institutionelle Garantie 327  
– Lebenszeitgrundsatz 343 ff.  
– Treueprinzip 343  
– Urkundsprinzip 343  
– Ursprünge 65  
Beamtenverhältnis 162 f.  
Befristung von Gesetzen 578 ff.  
Begründungszwang für Staatsakte 226  
Beihilfen 578  
Bekennnisfreiheit  
– siehe Glaubensfreiheit  
Berechenbarkeit 374, 494, 586  
– siehe auch Rechtsstaat  
Berufsbegriff 314 ff.  
Berufsbild 316 ff.  
Berufsausübung 318 ff., 363  
Berufsfreiheit 314 ff., 566  
– und Europarecht 442, 447 f.  
– und Rechtsstaatlichkeit 363  
– und Steuerrecht 320 ff.  
Berufswahl 318 f., 363  
Bilanzenzusammenhang, formeller 603  
Billigkeitserlaß 588 f., 608  
Besatzungsregime 86  
Besetzung eines Staates 16  
Besitz 111, 132 f., 229  
– und Eigentum 302 f.  
Bestandskraft  
– siehe Verwaltungsakt  
Bestandsschutz 290  
– im Baurecht 304, 510  
Bestimmtheit 349 f., 363, 413

- und Europarecht 448
- des Steuergesetzes 585 f.
- Bodenreform 372
- Bundespräsident 389, 403
- Bundesrat 387 f., 403
- Bundesregierung 403
- Bundestag 391 ff.
- Bund-Länderstreitigkeit 436
- Betrieb
  - an sich 296
  - Eigentum am 307
- Beurteilungsspielraum 593
- Bewegungsfreiheit, körperliche 270 f.
- Bewertung im Steuerrecht 187, 218
- Bürgerentscheid 387
- Bürgerinitiativen 285
- Bürgernähe 178
- Bürokratie 359
  
- Case Law 539, 637 ff.
- Code Napoléon 69, 477 f.
- Corpus Iuris canonici 55
- Corpus Iuris civilis 55, 58, 68
- culpa in contrahendo 460
  
- Dauerrechtsverhältnis 184
- DDR 90 ff.
- Decretales 59
- Decretum Gratiani 59
- Demokratie 4, 72, 74, 97 f., 154, 178 f., 362, 401, 417
  - Änderungsdynamik 354, 376 ff.
  - Direkte 386 f.
  - Staatsform der Diskontinuität 76
- Demonstrationsfreiheit 383
- Demoskopie 179
- Denkmalschutz 294
- Deutsches Reich
  - Fortleben 88 ff.
- Dezisionismus 145 ff.
- Diskontinuitätsgrundsatz 151, 153 f., 385 ff.
- Distinguishing 621
- Durchführungsverordnungen
  - siehe Ergänzungsverordnungen
  
- Ebenbürtigkeit 64
- Ehe 104, 279 ff., 328, 412
  - nach Europarecht 446
- Ehегattensplitting 284
- Ehre, Recht auf 268
- Eigenheimzulage 242, 575 ff.
- Eigentum 65, 163, 184, 241, 254
  - und Bauplanung 310
  - und Besitz 302 f.
  - Bestands/Wertgarantie 293
  - am Betrieb 296 ff., 307
  - im Europarecht 446 f.
  - und Gleichheit 362 f.
  - Grundrecht des 288 ff.
  - Inhalts- und Schrankenbestimmung 294 f.
  - als Institutsgarantie 104
  - und Mietrecht 302 f.
  - und Privatnützigkeit 470
  - Schutzbereich 410 f.
  - in sozialen Bezügen 294
  - von sozialversicherungsrechtlichen Positionen 213, 295
  - und Steuerrecht 310 ff., 566
  - und Sozialstaat 300 f.
  - und Substanzbesteuerung 312 ff.
  - und Vertrauensschutz 470
  - und Weimarer Verfassung 83
- Einigungsvertrag 163
- Einkommensteuer 186, 232 f.
- Einrichtungsgewährleistungen
  - siehe institutionelle Garantien
- Einzelfallgesetz 209
- Elternrecht 273
- Energieversorgung 320, 340
- Enteignung 290, 292 f., 328
  - und Marktwert 311
- Enteignungsgleicher Eingriff 188, 292 f.
- Entelechie 26
- Entfaltung der Persönlichkeit 264 ff., 566
  - siehe auch Handlungsfreiheit, allgemeine
- Erblichkeit, Prinzip der 74
- Erbrecht 97, 323, 328
  - und Eigentum 291 f.
  - der Verwandten 328
- Erforderlichkeit 221, 223, 352 f.
- Ergänzungsverordnungen 583
- Ermächtigungsgesetz 86
- Ermessen
  - Richtlinien im Steuerrecht 596 f.
- Ersitzung 111, 290
- Erziehung, religiöse 274
- Erziehungsrecht der Eltern 273, 283
- Erwerbchancen 297
- Europarecht 437 ff., 506 ff.
  - und Staatskirchenrecht 276 ff.
- Europäische Integration 193
- Europäische Union 388, 438 ff.
- Europäische Menschenrechtskonvention 450

- Europäischer Gerichtshof 4, 440 ff., 506 ff., 621
- Evidenz 225
- Existenzminimum 166
- Existenzsicherung 301
- Familie 166, 279 ff.
- Familienrecht
- Namenskontinuität im 162 f.
- Finanzausgleich, vertikaler 562 f.
- Fiskalische Interessen 501
- Föderalismus 414 f.
- und Unabänderlichkeit der Verfassung 371
- Folgerichtigkeit staatlichen Verhaltens 228 ff.
- Forstrecht 129
- Französische Revolution 53 f., 76 ff., 250 f.
- Freiheit 551 f., 645
- und Revolution 71, 76
  - der Person 270 f.
  - als Wert 142 f.
  - siehe auch Grundrechte
- Freibeträge 417
- Freigrenzen 417
- Freizügigkeit 380
- im Europarecht 449
- Frieden 646
- Friedensgebot, verfassungsrechtliches 367
- Friedhofsrecht 129
- Führerprinzip 85
- Fürstenverfassung 64
- Geeignetheit 221
- Gebietsreform, kommunale 435
- Gefahr, polizeiliche 116
- Gefahrenabwehr 426
- Gemeinden 334 ff.
- Bestandssicherung der 337 ff.
- Gemeines Wohl
- und Rechtssicherheit 501 f.
- Gemeingebrauch 130
- Gemeinsamer Markt 448 ff., 507 f.
- siehe auch Europarecht
- Gemeinschaft, eheähnliche 266
- Gemeinschaftsrecht
- siehe Europarecht
- Genossenschaft 337, 575
- Generationenvertrag 77
- Gentechnik 262 ff.
- Gerechtigkeit 101, 105, 110 ff. 118 f., 122, 129, 213, 345, 362, 374, 410, 502
- austeilende 550
- Gerichtsbarkeit 536, 644
- siehe auch Richter, Steuerrechtsprechung
- Germanische Volksrechte 57
- Geschäftsordnung des Bundestages 400 ff.
- Gesetz 477 ff.
- Gesetzgebung, Dynamik der 215
- Gesetzgebungslehre 119, 124
- Gesetzgebungsverfahren 3, 395 ff.
- Gesetzgebungszuständigkeit 414
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 525
- siehe auch Verwaltung
- Gemeinschaftsrecht
- siehe Europarecht
- Gewaltenteilung 359 f., 374, 614
- im Europarecht 448
- Gewerberecht 129
- Gewerbesteuer 239 f.
- Gewissen der Abgeordneten 226, 273
- Gewissensfreiheit
- siehe Glaubensfreiheit
- Gewohnheitsrecht 57 f., 61, 80, 96, 102, 125 ff., 185
- und Steuerrecht 129
  - und Europarecht 129
  - siehe auch Verfassungsgewohnheitsrecht
- Glaubensfreiheit 272 ff.
- Gleichberechtigung von Mann und Frau 424
- Gleichheit 134 f., 199 ff.
- und Abwägung 218 f.
  - und hinreichende Differenzierungsgrund 217 ff.
  - Einzelausprägungen 202, 409
  - und Europarecht 441 ff.
  - und Freiheit 201 f.
  - und einzelne Freiheitsrechte 203, 249 ff.
  - und Leistungsanspruch 202
  - und Mietrecht 302 f.
  - prozessuale 618
  - und Rechtsstaat 352 f., 362 ff.
  - Schutzbereich 292, 216 ff.
  - und Steuerrecht 556 ff.
  - und Systemabweichung 243 f.
  - und Unverletzlichkeit der Wohnung 286
  - und Vereinigungsfreiheit 286
  - und Verfassungswidrigkeit 428 f.
  - und Verhältnismäßigkeit 216
  - und Weimarer Verfassung 83
  - in der Zeit passim, insbes. 203 ff., 255 ff., 326 ff., 361 ff., 373 f., 408, 493 f., 504
- Glosse 60
- Großer Senat des Bundesfinanzhofs 623

- Grundnorm 140  
 Grundrechte 123, 155  
 – als Abwehrrechte 249  
 – im Europarecht 441 f., 450 ff.  
 – und institutionelle Garantien 323 ff.  
 – objektive Gehalte 249 ff.  
 – und Rechtsstaat 361 ff., 489  
 – als Schutzpflicht 270  
 – subjektive Rechte 252 ff.  
 – und Vertrauensschutz 463 f., 489  
 – wirtschaftliche 287 ff.  
 – siehe auch Freiheit, institutionelle Garantien  
 Grundsteuer 218  
  
 Härteklauseln 589 f.  
 Handlungsfreiheit, allgemeine 213, 282  
 Hebesätze im Steuerrecht 554  
 Heiliges Römisches Reich 52 f., 63  
 Hundesteuer 184, 562, 573  
  
 Idealismus, deutscher 32 ff.  
 Informationelle Selbstbestimmung 268  
 Institution 65, 103 ff., 184, 254 f.  
 Institutionelle Garantien 252 ff., 323 ff.  
 – und Institutsgarantien 326 f.  
 Integrationslehre 141 ff., 365  
 Integrität, körperliche 268  
 Intimsphäre  
 – im Europarecht 446  
  
 Jahressteuergesetze 8, 14  
  
 Kaiser, deutscher 64  
 Kanonisches Recht 54 f.  
 Kapitaleinkünfte, Besteuerung von 422 f.  
 Kastration 261 f.  
 Kindergeld 421 f.  
 Kirchenartikel, Weimarer 274 f.  
 Kirchenväter 59  
 Koalitionsfreiheit 284 ff.  
 Koalitionsvereinbarungen 382  
 Kodifikationen 58, 67, 85  
 Kohärenzgebot im Europarecht 437 f.  
 Kommunale Selbstverwaltung 323, 334 ff.,  
 411, 435  
 Konfirmationen 58  
 Konjunkturzuschlag 573  
 Konkordanz, praktische 155, 415  
 Konstitutionalismus 69, 79, 83, 396, 545  
 Kontaminierung von Grundstücken 291  
 Kontinuität passim, s. Inhaltsverzeichnis  
 Kontinuum 27, 43, 200  
  
 Kooperation  
 – von Bundesverfassungsgericht und  
 Europäischem Gerichtshof 441  
 Kriegsdienstverweigerung 414  
 Kunstfreiheit 384  
  
 Landfrieden 66  
 Lastenausteilungsnormen 569 ff.  
 Laufbahn 162  
 Leben, Recht auf 269 f.  
 Leben, Schutz des ungeborenen 269  
 Lebensgemeinschaft  
 – gleichgeschlechtliche 235, 280 ff.  
 – nichteheliche 280 f.  
 Lebensgrundlagen, natürliche 309  
 Legalität 65, 139, 146  
 – siehe auch Rechtsstaat, Verwaltung  
 Legislatives Unrecht 242  
 Legislaturperiode  
 – siehe Diskontinuität  
 Legitimität 65, 86, 139, 146  
 Lehen, Erblichkeit der 65  
 Leistungsfähigkeit 416, 573, 598  
 – des Staates 419  
 – im Steuerrecht 557 f.  
 Lenkungsgesetze 355 f., 538 f.  
 Lenkungssteuern 569 ff.  
 Lex posterior 4, 354, 479  
 Lohnzusatzkosten 418  
 Longa consuetudo  
 – und Gleichheit 203  
 – siehe auch Gewohnheitsrecht  
  
 Maastricht, Vertrag von 438 f.  
 Magna Charta 250  
 Mantelkauf  
 – Verlustabzug 160 f.  
 Marktwirtschaft, soziale 287 f.  
 Marxismus 194  
 Maßnahmegesetz 209  
 Matrikularbeiträge 546  
 Meinungsfreiheit 381 ff.  
 – und Glaubensfreiheit 273 f.  
 Menschenrechte 370 f.  
 – siehe auch Freiheit, Grundrechte  
 Menschenwürde 275 ff., 373 f.  
 Meßbarkeit staatlichen Handelns 232  
 Mietrecht 286, 302 f.  
 Monarchie 52, 64 f., 71, 74, 79, 81 f., 98,  
 197  
 Mystik 28  
  
 Nachbarrecht 246

- Nationalsozialismus 42, 84 ff., 186, 260, 337, 478, 514  
 – und Gesetzgebungspraxis 123 f.  
 Naturrecht 56, 87  
 Naturschutz 294  
 Nebentätigkeit 161  
 Nichtanwendungserlasse 613 f.  
 Nichtigkeitsklage 451 f., 465  
 Niederlassungsfreiheit 449  
 Norm *passim*, insbesondere 167 ff.  
 Normative Kraft des Faktischen 76  
 Normenkontrolle 490  
 – abstrakte 435 f.
- Obiter dicta 624 f.  
 Observanz 130  
 Öffentliche Ordnung 167  
 Öffentliches Interesse 224  
 Öffentlichkeitsprinzip 421  
 Ökologische Steuerreform 569, 573  
 Offenheit der Verfassung 351 f.  
 Optimierungsgebote 172 ff.  
 Organstreitigkeit 436
- Pandektistik 54, 60, 79 f.  
 Parlament  
 – und Diskontinuität 390 ff.  
 – Geschichte 396 f.  
 – und Regierung 497 f.  
 – siehe auch Bundestag  
 Parlamentsvorbehalt 147  
 Partei, politische 160, 382, 436  
 Patentrecht 434  
 Pauschalisierung  
 – im Steuerrecht 558 ff.  
 Persönlichkeit 265 ff.  
 Pflichtversicherung 418  
 Phänomenologie 37 f.  
 Plebiszit, tägliches 72  
 Planung 308 ff., 397  
 – Änderung der 306 f.  
 – baurechtliche 397  
 – Nachhaltigkeit der 308 ff.  
 Politik 144 f., 190, 395, 643  
 – und Gerichtsbarkeit 640  
 Polizeirecht 415  
 Polytheismus 24  
 Popularklage 490  
 Positivismus 138  
 Präambel des Grundgesetzes 93  
 Präjudiz 537, 637 ff.  
 Presse 323, 382
- Prinzip  
 – und Norm 167 ff.  
 – und Regel 169 ff.  
 Privatautonomie 291  
 Privatnützigkeit 290 f.  
 Prognosespielraum 355  
 Prüfungsordnungen 205, 317 f.  
 Public-Private-Partnership 121
- Ratifikationsgesetz 496  
 Rechtsanalogie 167  
 Rechtsbewußtsein 134, 188, 641  
 Rechtschreibreform 116  
 Rechtsfortbildung 537, 620 ff., 636 ff.  
 Rechtgut 165 f.  
 Rechtskraft 524, 536  
 Rechtslage 182 ff.  
 Rechtsordnung  
 – Einheit der 229 ff., 245 ff.  
 – Widerspruchsfreiheit der 228 ff.  
 Rechtsquelle 128  
 Rechtsprechung 109, 204, 320  
 – Änderung der 151, 211  
 – und Kontinuität 156 ff.  
 – rückwirkende Änderung 476, 531 ff.  
 – siehe auch Steuerrechtsprechung  
 Rechtssicherheit 66, 68 f., 98, 100, 104 ff., 112, 119 f., 122, 124, 143, 148 ff., 160, 240, 405, 445, 475, 490, 501 f., 534, 683 f., 613  
 Rechtssprache 101, 116, 119  
 Rechtsstaat 18, 77  
 – und Berechenbarkeit 356 ff., 586  
 – und Europarecht 441, 448  
 – Geschichte 66  
 – und Grundrechte 361 ff., 489  
 – und Kontinuität 148 ff., 158 f., 215 ff., 346 ff., 429  
 – und Nationalsozialismus 85  
 – und Reine Rechtslehre 141  
 – als Staatsgrundnorm 356  
 – und Steuerrecht 310, 586  
 Rechtsverordnung  
 – siehe Verordnung  
 Rechtsvergleichung, wertende 440 f.  
 Rechtsverhältnis und Rechtslage 182 ff.  
 Regierung und Parlament 497 f.  
 – siehe auch Bundesregierung  
 Reichskammergerichtsordnung 66  
 Reichspräsident 84  
 Reine Rechtslehre 138 ff.  
 Renaissance, karolingische 57  
 Repräsentationsprinzip 399

- Reserven, stille 130
- Revolution 16, 42, 70 ff., 97, 139, 377
- Rezeption 51 f., 55, 62 f., 85
  - siehe auch Corpus Iuris civilis, Römisches Recht
- Richter
  - Unabhängigkeit 354
  - Wahl 389 f.
  - siehe auch Rechtsprechung
- Richterrecht 128, 533, 614
- Richtlinien
  - im Europarecht 496, 451, 453 f.
- Risiko 116
- Römisches Recht 51 ff., 59 ff.
  - siehe auch Corpus Iuris civilis, Rezeption
- Rückwirkung
  - und Abwägung 504, 566 f.
  - Begriff 477 ff.
  - echte, unechte 152 f., 212, 479 ff., 566 f.
  - im Europarecht 441, 506 ff.
  - von Gesetzesänderungen 431, 476 ff.
  - bei nichtigen Normen 529
  - und Rechtsprechung 157, 616
  - und Steuerrecht 564 ff., 594
  - siehe auch Rechtsprechung, Änderung der
- Rundfunkanstalten 96
- Russische Revolution 79
  
- Sanierungsgewinn 130
- Scheidung 280, 283 f.
- Scholastik 30 f., 56, 59, 61
- Schriftlichkeit des Rechts 58, 61, 96 f., 185
- Schulwesen 323
- Schulrecht 415
- Schutzpflicht des Staates 282
- Seelenwanderung 20 f.
- Selbstverwaltung 335
  - siehe auch kommunale Selbstverwaltung
- Souveränität 146 f.
- Sozialbindung 293 ff.
- Soziale Gerechtigkeit 117
- Soziale Sicherungssysteme 301
  - siehe auch Sozialversicherungsrecht
- Sozialgesetzbuch 163
- Sozialismus 83
- Sozialstaat 155, 166, 300 f.
- Sozialvertrag 250
- Sozialverfassung 299
- Sozialversicherungsrecht 8, 214, 294 f., 298 ff.
- Sparerfreibetrag 423
- Spitzensteuersatz 564
  
- Spekulationsfrist für Grundstücksgeschäfte 468, 552
- Sprache
  - Kontinuität durch 115 ff.
- Sprachgebrauch, allgemeiner 11 f.
- Staat
  - und Gesellschaft 195 f.
  - und Kontinuität 193 ff.
  - als Person 395
  - und Recht 100
  - Verrechtlichung des 196 f.
  - als Völkerrechtssubjekt 16, 245
- Staatsangehörigkeit 330 ff.
  - doppelte 333 f.
- Staatsaufgaben 3, 100, 277
- Staatsformenlehre 97
- Staatshaftung 414 f.
- Staatskirchenrecht 272, 274 ff.
- Staatszielbestimmungen 191 f.
- Städtebauliche Entwicklung 309
- Status negativus 123 f.
- Steuerarten 408, 555
- Steuerbegriff 543
- Steuerberater 319
- Steuerbescheid
  - Änderung 599 ff.
  - Aufhebung 599 ff.
  - Berichtigung 601
  - Bestandskraft 600
  - unter Vorbehalt 601 f.
  - vorläufiger 601 f.
  - siehe auch Verwaltungsakt
- Steuerbewilligungsrecht 545 f.
- Steuererfindungsrecht 547 f., 562 ff.
- Steuergesetzgebung 545 ff.
  - Gestaltungsspielraum 550 f.
  - und Verfassung 553 ff., 585 f.
- Steuergleichheit 551, 556 ff., 598
- Steuerrecht
  - und Ehe und Familie 283 f.
  - Geschichte des 186 f.
  - und Wohnheitsrecht 129
  - und Tatbestandsprinzip 129, 549 f., 584 ff.
  - als „technisiertes“ Recht 90
  - Vereinfachung 9
- Steuerrechtsprechung 549 f., 615 ff., 642 f.
  - Änderung der 610 ff.
  - Gefestigte 634 f.
  - Grundsatzentscheidung 623
  - Selbstzitate 627 f.
  - ständige 622 f., 633 ff.
- Steuerrechtsverhältnis 518

- Steuerschuldverhältnis 544, 551
- Steuertarife 417
  - Änderung der 564
- Steuerverfassung 546
- Steuerverwaltung 549, 590 ff.
- Stiftungen 65
- Strafrecht, Geschichte des 56
- Strafvollzug 163, 262
- Streik 380
- Stromsteuer 562
- Stichtagsregelungen 204 f.
- Strukturalisten 41
- Stufenbau der Rechtsordnung 189
  - siehe auch Reine Rechtslehre
- Stufentheorie zur Berufsfreiheit 318 ff.
  - siehe auch Berufsfreiheit
- Subventionen 504, 549, 569 ff., 575, 577
- System 238 ff.
- Systembindung 205 f., 235 ff.
- Systemgerechtigkeit 235 ff., 632
  - im Europarecht 445
- Systemkonformität 409
  
- Tarifautonomie 254, 380
- Tarifverhandlungen 8 f.
- Tarifverträge und öffentlicher Dienst 503
- Teilwertabschreibung 552
- Territorialstaatlichkeit 64
- Testierfreiheit 328
- Todesstrafe 261
- Tonbandaufnahmen 262
- Tradition 12 f., 60, 70, 73, 78, 120, 125, 275 ff., 205, 233, 261
  - und Berufsbilder 316
  - und Gesetzgebungskompetenz 414 f.
  - und institutionelle Garantien 396 ff.
  - parlamentarische 327 f.
  - und Rechtsprechung 163 f.
  - und Rechtsstaatlichkeit 354
  - und Selbstverwaltung 336, 339
  - und Steuerrecht 558
- Translatio Imperii 52, 62 f.
- Transparenz 645
  - im Europarecht 441 f.
  - bei Rechtsprechungsänderung 635
  - staatlichen Handelns 420 f.
  - und Steuergesetzgebung 548
- Treu und Glauben 474, 510 ff.
- Typisierung
  - im Steuerrecht 558 ff., 595 f.
  
- Übergangsvorschriften 205, 432, 588 f., 594
- Übermaßverbot 153, 604
  
- Überschußeinkünfte 567
- Umverteilungsnormen
  - siehe Lastenausteilungsnormen
- Umwandlung 287
- Umweltrecht 234, 269, 309
- Universalsukzession 64, 287, 292
- Universalienstreit 31
- Untätigkeit von Behörden 598 f.
- Unterhaltungspflicht
  - wegerechtliche 130
- Unternehmensnachfolge 283
- Unterricht, Kontinuität im 162
- Unvereinbarkeitserklärungen 427 ff.
- Unversehrtheit, körperliche 269 f.
- Upanischa-den 20 f., 44
- Usus modernus pandectarum 63
  
- Venire contra factum proprium 233, 522
- Veranlagungszeitraum und Rückwirkung 565 ff.
- Verbrauchssteuern 560
- Vereine
  - Funktionsnachfolge privater 162
- Vereinigungsfreiheit 284 ff., 379 f.
  - religiöse 274
- Vereinsrecht 278
- Verfahren 146
  - Legitimation durch 113 f.
- Verfassung 100 f., 137 ff. und passim
  - Begriff 190
  - nach Gesetz 329, 413
- Verfassungsänderung 365 f., 369
  - siehe auch Ewigkeitsgarantie
- Verfassungsbeschwerde 177 f., 226, 434 f.
  - kommunale 435
- Verfassungsgebende Gewalt 93, 372
- Verfassungsgerichtsbarkeit passim
  - als Superrevisionsinstanz 635 f.
- Verfassungsgewohnheitsrecht 128 ff, 398
  - siehe auch Gewohnheitsrecht
- Verfassungsrecht
  - materielles 192
- Verfassungsstaat 78, 193 f.
- Verhältnismäßigkeit 216 ff., 220 ff., 419 f., 426
  - im Europarecht 440, 445, 448
  - und Kommunalrecht 338
  - und Gleichheit 362
  - und Steuerprüfung 318
  - und Steuerrecht 555, 576
  - und Zumutbarkeit 224
  - siehe auch Erforderlichkeit



- Verjährung 111, 131 ff., 290
- Verlustrücktrag 490
- Vermögensteuer 165 f., 177, 312 f., 378 f.
- Vernunftrecht 66 ff., 119
- Veröffentlichung von
  - Gerichtsentscheidungen 623 f.
- Verordnung 359, 392
  - im Steuerrecht 554, 583 ff.
- Verordnungsermächtigung 35
- Verpackungsteuer 231
- Versammlungsfreiheit 284 f., 383
- Verständigungen, tatsächliche 523 f.
- Vertrag, öffentlich-rechtlicher 476, 523 f.
- Vertrauensschutz 7 f., 40, 49, 98 f., 121, 123, 224, 240, 346, 406 f., 413, 455, 642
  - und Abwägung 492, 527
  - und Beamtenrecht 342, 464
  - und Eigentum 447, 464
  - im Europarecht 464 f., 513
  - und Gerichtsbarkeit 532 ff., 617
  - und Kontinuität 149 ff., 157
  - im Privatrecht 459 ff., 473
  - und Rechtsstaat 354 ff, siehe auch Rechtsstaatlichkeit
  - und Sozialstaat 300, 576 ff., 594 ff., 606, 615 f., 629
  - und Steuerrecht 552, 565
  - und Treu und Glauben 515 ff.
  - als Verfassungsprinzip 463 f.
  - und Verwaltung 508 ff., 595
  - und Zusagen 520 ff.
- Verwaltung 144, 644
  - Gesetzmäßigkeit der 358 f., 525
  - Praxis im Steuerrecht 597 ff.
  - Selbstbindung 155 f., 596 f.
- Verwaltungsakt
  - Aufhebung 476, 525 ff.
  - Bestimmtheit 349
  - Bestandskraft 524 ff.
  - Rücknahme 491 f.
  - Widerruf 153, 184, 509 ff., 518
  - Siehe auch Steuerbescheid
- Verwaltungslehre 156
- Verwaltungsrecht, Allgemeines 127, 129
- Verwaltungsvorschrift 554, 605, 612 f.
  - im Steuerrecht 591 ff.
- Verwandtenerbrecht 292
- Verwirkung 513, 516
- Völkergewohnheitsrecht 130
- Völkerrecht 3, 16, 78
  - Staat im 393
  - und Staatsangehörigkeit 333 f.
  - und status quo 111
- Völkerrechtssubjekt 88, 91
- Volk 394 f.
  - Macht des 71
  - und Verfassungsbegriff 331, 334
- Volksgesundheit 320
- Volkssouveränität 378 ff., 398
- Vorabentscheidung 452
- Vorhersehbarkeit 120, 125, 159, 353 ff., 374, 497, 574
- Vorsokratiker 22 ff.
- Vulgarrecht 56
- Wahlen 385 ff., 401
- Wahlperioden 389
- Weimarer Reichsverfassung 81 ff.
- Werbungskosten 559
- Wertewandel 114
- Wertentscheidung 143
- Wertlehre 142 f.
- Wertesystem 14
- Werkfernverkehrssteuern 573
- Wesentlichkeitstheorie 189 f.
- Widerspruchsfreiheit 247, 512, 519, 522
  - der Rechtsordnung 228 ff.
- Wiedervereinigung 90 ff., 374
- Willkür 236 f., 243
- Wirtschaftliche Betrachtungsweise 232
- Wirtschaftslenkung durch Steuern 569 ff.
- Wissenschaft 37
- Wissenschaftsfreiheit 383
- Wohlerworbene Rechte 289, 464
- Wohlfahrtsstaat 67
- Wohnsitz 380 f.
- Wohnung, Unverletzlichkeit 286
  - im Europarecht 446
- Zeit
  - und Recht 5, 12
  - siehe auch Gleichheit in der Zeit
- Zinsbesteuerungsurteil 161 f., 186, 627
- Zünfte 65
- Zusagen einer Behörde 466, 476, 513, 520 ff.
- Zustandsverantwortlichkeit des Eigentümers 291

# Jus Publicum

## Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Becker, Joachim*: Transferechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Butzer, Hermann*: Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Christians Callies*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. *Band 75*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heitsch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Holzengel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kahl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.

*Jus Publicum · Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetisches Verzeichnis*

- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morloke, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozeck, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Ruffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpman, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Vofskuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen. Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>